

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfun“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Blumstraße 4/6, durch die Abteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedrichshagen-Str. 105, Marktstraße 100, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 3 Pf. Trägergebühren 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn - 2,10 Rmt. Durch die Post einwärts 2 Pf. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Klein-Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

Plant Frankreich eine Schwertung?

Frankreichs Außenpolitik soll umgestellt werden Auch Italien gegen Deutschland

Paris, 2. Oktober (Eigener Drahtbericht).

Die scharfe Tonart, die Briand bei seiner letzten Rede in Genf gegenüber Deutschland angeschlagen hat, scheint, wenn man gewissen Gerüchten in den französischen diplomatischen Kreisen Glauben schenken darf, eine bedeutungsvolle Schwertung in der französischen Außenpolitik vorzubereiten. Frankreich soll danach nichts zögerlicher beabsichtigen, als den durch den Hitler-Sieg in Deutschland erschweren Weg der deutsch-französischen Verständigung aufzugeben, um dafür bei Italien Unterstützung zu suchen.

Wie wir schon vor einigen Tagen meldeten, sind trotz des Scheiterns der französisch-italienischen Flottenverhandlungen in Genf die in Paris geführten Verhandlungen über die Aufnahme einer großen italienischen Anleihe in Frankreich in Gang geblieben. Auch römischen Verhandlungen über die italienischen Kolonialforderungen sind vorangeht worden. Am Donnerstag kündigt der „Petit Parisien“ in einer offensichtlich offiziell inspirierten Auslassung an, daß alle diese getrennten Verhandlungen zu einer einzigen großen Aussprache vereinigt werden sollen. Gleichzeitig aber

bereitet das Blatt die französische öffentliche Meinung schon auf die Auflegung einer italienischen Anleihe am Pariser Markte vor. Diese Operation, die nach den jahrelangen, manchmal recht hitzigen Polemiken, für den kleinen Mann in Frankreich einigermaßen überraschend kommen muß, wird dadurch schmacht zu machen gesucht, daß man von der Möglichkeit einer intensiven wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit zwischen den beiden lateinischen Schwesternationen in den Köpfen der schönsten Propaganda spricht. Die beiden Länder könnten sich wirtschaftlich aufs vortrefflichste ergänzen, meint der „Petit Parisien“, sowohl hinsichtlich des Rohstoffaustausches als auch hinsichtlich gemeinsamer Exportkontors.

So kann sich also Herr Hitler schmeicheln, mit seinen außenpolitischen Ideen zunächst einmal die Geschäfte seines großen Vorbildes Mussolini besorgt zu haben. Das Deutsche Volk wird lange warten können, bis Mussolini wieder von der Revision der Friedensverträge sprechen wird, sobald er seine französische Anleihe in der Tasche und die geforderten Konzessionen in Tunis in sicherer Aussicht hat.

Amerika und der 14. September

(Von unserem New Yorker Korrespondenten.)

New York, im September. (Eigener Bericht.)

Wohl keine europäische Wahl der letzten dreißig Jahre ist in Amerika mit stärkerer Anteilnahme verfolgt worden als die Reichstagswahl des 14. September. Nicht einmal den Wahlen zur Nationalversammlung, als es um Sein oder Nichtsein der deutschen Republik ging, ist nach dem Urteil erfahrener Beobachter eine derartige Aufmerksamkeit gesollt worden, die sich unterschiedslos auf alle Kreise der amerikanischen öffentlichen Meinung ausdehnte. Weltläufer schrien am Morgen des 15. September mit riesigen Schlagzeilen die Ergebnisse des deutschen Wahlkampfes in die Oeffentlichkeit hinaus, die amerikanischen Pressevertreter in Deutschland hielten ihre Blätter auf telegraphischem und Radiowege in einer Ausführlichkeit auf den Laufenden, die selbst in Amerika als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Kurzum, in einem frisch hineingeschnittenen Besuche mußte die Meinung aufkommen, als würden keine deutschen sondern amerikanischen Wahlen ausgeschrieben.

Die Gründe dieses ungewöhnlichen Interesses liegen auf der Hand: Mit einer Klarheit, die dem politischen Verständnis der amerikanischen Presse alle Ehre macht, war man sich bewußt, daß es sich bei den Septemberwahlen um Dinge handelte, die den amerikanischen Bürger und die amerikanische Wirtschaftsbasis unmittelbar angingen. Amerikanische Geldanlagen in Deutschland, die heute in die Milliarden gehen, haben sich im Laufe der letzten Jahre mehr als verdreifacht. Die Wirtschaftszwischen den beiden Ländern sind unauflösbar miteinander verweben. Jede Erschütterung der öffentlichen Ordnung Deutschlands, jedes politische Babanquespiel ist für die herrschende Klasse Amerikas und damit für jeden Amerikaner genau so wichtig wie für den unmittelbar davon betroffenen deutschen Bürger.

Nun darf natürlich nicht gefolgert werden, daß sich das Interesse der amerikanischen Oeffentlichkeit in erster Linie auf rein innerdeutsche Fragen bezieht. Unterhaltungen mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten aller Schattierungen fördern als maßgebende Grundnote immer wieder zu Tage, daß die amerikanische Nation ausschließlich am Youngplan und den Auswirkungen der Reichstagswahlen auf dessen Abwicklung interessiert ist und sich einzig von diesen Gesichtspunkten in der Beurteilung der künftigen Lage Deutschlands leiten lassen wird. Ein interessantes Schlaglicht dieser Einstellung bietet die liberale Wochenchrift „The New Republic“, die den deutschen Wahlausfall fast allein unter dem internationalen Gesichtswinkel des Youngplanes diskutiert und ihren Lesern bereits die politischen und wirtschaftlichen Komplikationen aufzeigt, die aus einer Gefährdung der Reparationsvereinbarungen für Amerika und Europa ergeben würden.

Ganz soweit sind wir ja noch nicht und in maßgebenden Wirtschaftskreisen gibt man sich im gegenwärtigen Stadium Dinge auf keineswegs Befürchtungen über eine akute Bedrohung des Youngplanes hin. Die erste Aufregung über die Wahlsiege der extremen Gruppen ist rasch kühler Ueberlegung gewichen, die sich vielleicht am besten an die etwas variierte Nelson-Formel bringen läßt: „Amerika wartet, daß jedermann in Deutschland seine demokratische Pflicht tut.“ In diesem Zusammenhange kommt der Einstimmigkeit Amerikas gegenüber den deutschen Parteien besondere Bedeutung zu, die auch in Deutschland zu denken geben sollte. Bis auf das eigentliche hysterische Geschrei ist der kommunistische Mandat zuwauchs mit großer Skepsis aufgenommen worden, da man sich hierzulande nur zu gut über die organisatorische Schwäche der kommunistischen Bewegung Deutschlands klar ist und den aufgeregten Kriegstänzen der kommunistischen Wahlkandidaten ein nur vorübergehende, durch die schlechte Wirtschaftslage Deutschlands bedingte Bedeutung beimißt. Anders wird der Erfolg der Hitlerianer gewertet, von denen eine unmittelbare Bedrohung der politischen Stabilität Deutschlands und eine Steigerung der schon unnatürlich hochgehenden nationalistischen Instinkte weiter deutscher Kreise befürchtet wird. Darüber hinaus wird die Zunahme der Spannung in Europa mit Sorge betrachtet und in der Annäherung der nationalsozialistischen Elemente in den verschiedenen Ländern Europas ein unmittelbarer Gefahrenherd für den Weltfrieden gesehen. Diese Betrachtungsweise führt gradlinig zur Sozialdemokratie, deren Gesichtspunkte und Einstellung hierzulande unter einem Winkel betrachtet werden, den man sich bei aller Hitze des Gefechts an im deutschen Wahlkampfe hätte wünschen können. Von rechts bis links wird in der verantwortlichen amerikanischen Presse die Sozialdemokratie als der Faktor der deutschen Oeffentlichkeit bezeichnet. Bei aller prinzipiellen Gegnerschaft für die Ziele und Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie ist man sich bewußt, daß nur eine geschlossene Arbeiterbewegung die Welt des deutschen Nationalismus dämmern und eine ruhige Entwicklung sicherstellen kann.

Poincaré kehrt zur Macht zurück

Lardieu hat sich bereits gefügt - Regierung der „Großen Koalition“?

Paris, 2. Oktober (Eigener Drahtbericht).

Bei dem „Verschwörer-Frühstück“ in Bar-Leuc scheint, wie allmählich aus den offiziellen Kreisen durchsickert, der ehemalige Ministerpräsident Poincaré seinen Wiedertritt in die politische Arena und in die Regierung endgültig durchgesetzt zu haben. Man erinnert sich, daß im Frühjahr dieses Jahres, nach dem Sturz des kurzlebigen Linkskabinetts Chaumeys, der Präsident der Republik bereits Poincaré mit der Regierungsbildung beauftragt hatte. Poincaré hatte das mit Rücksicht auf seine noch nicht vollendete Genesung abgelehnt, hatte jedoch durchsickern lassen, daß er nur auf keine Genesung warte, um erneut die Zügel der Regierung zu ergreifen. In allen politischen Kreisen Frankreichs ist man der Ansicht, daß Poincaré sofort nach Wiedereröffnung des Parlaments einen Statthalter abzulösen genehmen sei. Lardieu selbst, der sich nicht mehr allzu stark rührt, dürfte dieser Wunsch Poincarés nicht gerade unangenehm sein. Man behauptet, daß er sich ohne Schwierigkeiten gebeugt habe unter der Bedingung, daß ihm selbst die Leitung des Innenministeriums verbleibe. Man will sogar wissen, daß Lardieu gar nicht mehr den Zusammentritt des Parlaments abwarten wird, um zu demissionieren, sondern daß er bei irgend einer zwangsläufigen Gelegenheit schon vorher seinen Rücktritt freiwillig ankündigt werde. Den Anlaß dazu könnte ihm vielleicht die Demission des Luftfahrministers Laurent-Eynac bieten, der es entgegen seinen früheren Leistungen nicht verstanden hat, das französische Flugwesen wieder zu organisieren. Endlich glaubt man in politischen Kreisen sogar schon ankündigen zu können, daß Poincaré eine Regierung der Großen Koalition mit Einschluß der Radikalen bilden will, daß er also versuchen werde, jene nationale Union wieder herzustellen, wie sie einst vor dem Kongreß von Angers bestanden hatte.

Unverständliche Haltung des Reichsaussenministers

Curtius verzweigelt nachlässig die Unterzeichnung der Konvention über die Finanzhilfe im Kriegsfalle

Genf, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Zu zweitägiger Aussprache hat die Vollversammlung des Völkerbundes den Bericht und die Entschliessung der Wirtschaftskommission angenommen. Die Entschliessung bezieht sich in den Hauptpunkten auf die Aufnahme der Untersuchung der schwebenden Präferenzfrage an die Wirtschaftskommission Europas, die Behandlung der Reichsbegünstigungsklausel durch die kommende Regierungskonferenz und die Einleitung eines gemeinsamen Vorgehens gegen jede Art von Dumping. Die in den Kommissionsberichten laut gewordenen entgegengegesetzten Behauptungen wurden nochmals ausdrücklich als Vorbehalte formuliert. Die feierliche Paraphierung des Konventionsentwurfes über Finanzhilfe im Kriegsfalle oder bei Kriegsgefahr machte sofort die Unterschriften von 23 Staaten. Deutschland hat nicht unterzeichnet, angeblich, weil der Außenminister sich dem Rat nicht beugen müsse und weil die geforderte Garantie von acht Millionen Goldfranken angesichts der Finanzschwierigkeiten des Reiches abgelehnt werden müsse. Nach einer

so aktiven Mitarbeit und angesichts der Unabhängigkeit der Konvention von einer vorherigen Abklärung ist diese Haltung, die nur erneut ein Mißtrauen gegen das heutige Deutschland unterstellt, nicht zu verstehen.

Die Vollversammlung des Völkerbundes wird, nach einer Mitteilung des Präsidenten, am Sonnabend, den 5. Oktober, in einer Vormittags-Sitzung geschlossen werden. Reichsaussenminister Dr. Curtius ist am Donnerstag nachmittag um 6 Uhr in Begleitung verschiedener Berater und des Reichspressechefs nach Berlin zurückgefahren. In der Ratsitzung, die am Freitag stattfindet, vertritt ihn Graf Bernstorff.

In der Donnerstag-Nachmittagsitzung des Völkerbundesrates wurde nur ein Punkt behandelt: der Vertreter Schwedens, Uden, wurde zum Schiedsrichter in dem bulgarisch-griechischen Streitfall wegen des Privatbesitzes griechischer Bürger auf bulgarischem Gebiet ernannt.

Wilhelm Keil über Brünnings Programm

In der „Schwäbischen Tagwacht“ schreibt Reichstagsabgeordneter Wilhelm Keil zum Programm der Regierung:

„Es wäre aber ein großer Irrtum von Herrn Brüning, über den ihn die Vertreter der Sozialdemokratie nicht im unklaren lassen werden, wenn er annehmen würde, die Sozialdemokratie sei in der Lage und verpflichtet, sein Sanierungsprogramm aus der Beizagnis heraus, daß sonst der Mißbrauch des Artikels 48 fortgesetzt und vergrößert werden könnte, ungelesen zu schlucken. Die Sozialdemokratie ist gewiß die zuverlässigste Hüterin der verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes. Aber das bedeutet nicht, daß sie nun unter allen Umständen und um jeden Preis zur Vermeidung verfassungswidriger Maßnahmen zu Brünnings Vorhaben ja sagen müsse. Es wäre ein sehr problematischer Schuß der Verfassung, eine Politik zu treiben, die durch ihre sozialen Auswirkungen breite Schichten der sozialdemokratischen Wähler zu Anhänger des Diktaturgedankens machen würde. Damit wäre weder den beschlossenen Massen, noch dem demokratischen Staate gedient. Das Sanierungsprogramm der Reichsregierung enthält Bestandteile, die in ihren Grundgedanken von der Sozialdemokratie akzeptiert werden können. Es enthält andere Bestandteile, die von ihr mit allem Nachdruck abgelehnt werden müssen. Die Sozialdemokratie wird daher genau wie im Juni zu den Einzelheiten des Programms sachlich Stellung nehmen, ihre Änderungsanträge stellen und von dem Schicksal dieser Anträge ihre Entscheidung abhängig zu machen haben.“

Endlich!

Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit, daß es Strafantrag gegen den Reichstagsabgeordneten Franz Kämpfer gestellt hat. Damit ist der Forderung des Reichsaussenministers, die Sozialdemokratischen Reichstagsorganisationen Rechnung getragen. Selbstverständlich muß über die Behauptungen Kämpfers von mehr als hunderttausend Angehörigen in der Reichswehr vor Gericht öffentlich verhandelt werden!

Die letzten Reden im Reichswehrprozess

Leipzig, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht).

Die angeklagten Ulmer Leutnants haben das letzte Wort gesprochen. Sie haben um ihre Freisprechung gebeten, weil sie sich der Tat, deren sie angeklagt sind, nicht schuldig fühlen. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben.

Sachverständiger war vornehm, geistvoll, geschäftig — nur eines nicht: in der Beurteilung des Tatbestandes überzeugend. Sachverständiger war vornehm, geistvoll, geschäftig — nur eines nicht: in der Beurteilung des Tatbestandes überzeugend. Sachverständiger war vornehm, geistvoll, geschäftig — nur eines nicht: in der Beurteilung des Tatbestandes überzeugend.

Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben.

Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben.

Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben.

Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben.

Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben. Die Angeklagten meinten im Schlusswort, daß sie nicht hochverräterisch, sondern vaterländisch gehandelt haben.

Frühlingsbrausen durch die ganze deutsche Jugend ging: Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!

Auch Luden beruft sich auf Schiller, indem er feurig erklärt: Wir wollen nicht, daß unser Volk nach unserer Pfeife tanzt. Wir wollen, daß das Volk sieht, daß wir gewillt sind, ihm zu dienen. Ich bin kein Hochverräter, ich bin kein Meuterer, ich bin kein Defaitist. Bitte ich um Freispruch, so geschieht es nicht um meine Person, sondern weil ich mich als Teil jener Kraft fühle, die mit heißem Herzen am Wiederaufstieg und an der Wiedergeburt unseres Vaterlandes arbeitet. Lassen Sie mich mit dem Wort des größten deutschen Dichters schließen: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!

Böb gegen die deutschnationalen Verleumder

Die Angelegenheit des Wohltätigkeitsfonds

In der Donnerstag-Sitzung des Untersuchungsausschusses des Preussischen Landtages zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Stadt Berlin wurde als erster Zeuge Oberbürgermeister Dr. Böb aufgerufen, der einen vollkommen tranken Eindruck macht.

Auf die Frage des Berichterstatters Abg. Koeneke (Dnat.) über die Abrechnungsbelege von Ausgaben, die die Frau des Oberbürgermeisters über die Wohltätigkeitsfonds gemacht hat, erklärte der Oberbürgermeister mit großer Erregung, daß sämtliche Belege noch in dieser Woche der Staatsanwaltschaft eingereicht werden. Er fügte sofort mit erheblicher Stimme hinzu: „Es ist schändlich, daß ich durch die Erörterung dieser Dinge im Ausschuss und durch eine entstellte Berichterstattung in der Presse auf das niedrigste beschimpft worden bin.“ (Bewegung.)

Abg. Meier-Berlin (Soz.) ruft dem Berichterstatter zu: „Der Ton hat bei Ihrer Berichterstattung die Musik gemacht!“ (Widerpruch und Empörung bei den Deutschnationalen.)

Der Berichterstatter fragt sodann, warum auf einer Bankvollmacht des Oberbürgermeisters über einen Fonds die Worte gebraucht wurden, daß die Verfügung über diese Gelder ihm, resp. seinen Erben zuzukommen.

Der Oberbürgermeister erklärt dazu, daß es sich um eine übliche Formularvollmacht der Bank gehandelt hat, bei der lediglich übersehen worden sei, die Worte „oder seine Erben“ zu durchstreichen. Es hätte ihm im Ernst doch wohl niemand zutrauen wollen, daß im Falle seines Todes diese Fonds seinen Erben zur Verfügung stehen sollten. Er schlägt in großer Erregung auf den Tisch, zeigt dann auf den Berichterstatter und ruft: „Sie sind schuld, wenn in der Öffentlichkeit über mich solche Verdächtigungen Glauben finden konnten und schließlich noch in die gesamte Weltpresse übergehen.“

Der Oberbürgermeister äußert sich dann näher über die einzelnen Spenden, die aus den verschiedensten Fonds gewährt wurden und fügt hinzu: „Ich erkläre heute, daß, wenn ich noch einmal Gelegenheit hätte, wie früher vielen Tausenden von Menschen, die in Not gekommen sind, zu helfen, ich es wieder tun würde. Dabei hat es keine Rolle für mich gespielt, welcher politischen Richtung diejenigen waren, die unterstützt wurden. Ich bitte die Herren insbesondere, sich einmal bei dem Deutschen Offiziersverein und bei dem Vorsitzenden der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion danach zu erkundigen. Aber auch der Vorsitzende dieses Ausschusses, der kommunistische Abg. Schwenk, wird mir bestätigen müssen, daß ich auch Kommunisten geholfen habe. Es tut mir leid, heute darüber reden zu müssen. Aber der Herr Vorsitzende wird mir zugeben, daß ich aus einem solchen Fonds auch einen Kommunisten unterstützt habe, der mich ständig öffentlich auf das heftigste angegriffen hat. Ich habe ihm das Geld unter falschem Namen zukommen lassen, weil ich annehmen mußte, daß ihm die Entgegennahme einer Unterstützung von mir peinlich war.“

Keine Beweise für Mißwirtschaft in Berlin

Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtages zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung beschäftigte sich am Mittwoch mit den Wohltätigkeitsfonds des Oberbürgermeisters Dr. Böb. Der hierzu als Zeuge geladene Oberbürgermeister war nicht erschienen. Er soll am Donnerstag vernommen werden.

Die Vernehmung der Zeugen Magistratsdirektor Schulze, der seit drei Jahren pensioniert ist, und Dr. Eger, Leiter der Berliner Festspielwoche, ergab nichts, was darauf hindeuten könnte, daß die Fonds nicht einwandfrei verwaltet worden sind. Jedenfalls ging aus den Befragungen klar hervor, daß diese keine städtischen Fonds waren, sondern zur freien Verfügung des Oberbürgermeisters standen, der daraus eine vermehrte Armee und Künftler, die sich in bedrängter Lage befanden, unterstützte. Magistratsdirektor Schulze hob dabei besonders hervor, daß auch Organisationen, und zwar ohne Unter-

schied der politischen Einstellungen, wie der Vaterländische Frauenverein, Jugendvereine und Kinderrettungsvereine, Mittel erhalten haben. Der Oberbürgermeister habe auf Grund seiner Beziehungen überall Gelder gesammelt und gegeben, wo Not vorhanden war.

Auf Anfrage mußte allerdings der Vertreter des Oberpräsidenten zugeben, daß in der Untersuchung dieser Angelegenheit vor der Ausschussinstanz beanstandet worden ist, daß Gelder von Lieferfirmen der Stadt für solche Fonds in Empfang genommen worden sind, die in ihren Schreiben unabweislich haben erkennen lassen, daß sie dafür Aufträge erwarten.

Ungeklärt ist vorläufig noch, warum auf Anweisung des Oberbürgermeisters der Gärtnereibesitzer Clas aus dem Festspielfonds ein Darlehen von 10000 Mark erhalten hat, das jetzt in Raten zurückgezahlt wird. Der Darlehensempfänger konnte jedenfalls als Zeuge darüber nichts aussagen.

Auch die bis jetzt durch Zeugenaussagen erörterten Grundstückskäufe der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zum Zweck der Untergrundbahnbauten ergaben nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine Mißwirtschaft. Es scheint jedenfalls festzustellen, daß die freihändigen Käufe von Grundstücken auch in den viel umstrittenen Schlichtungsverfahren für die Gesellschaft bzw. für die Stadt viel billiger waren als Enteignungsverfahren mit nachfolgender richterlicher Entscheidung. Das ging aus der Aussage des deutschnationalen früheren Stadtbaurats Jangemeister (jetzt Direktor der Berliner Verkehrs-Gesellschaft), klar hervor. Wenn aber die bekannte Firma Loefer & Wolff vor der Enteignung einen langfristigen Mietvertrag abschließt, und jetzt für die Ablösung desselben noch einen Mißbräutigungsanspruch an die Berliner Verkehrs-Gesellschaft herleitet, so kann man wohl nicht gut von einer Mißwirtschaft der Stadt sprechen. Der Zeuge Jangemeister hält den zwei Tage vor der Enteignung abgeschlossenen Mietvertrag nicht mit Unrecht für einen Scheinvertrag. Die Klage darüber schwebt noch. Hier kann man wohl mit viel größerem Recht von einer typischen Mißwirtschaft des kapitalistischen Systems sprechen.

Der jüdische Freund Hitlers

Ludendorff weist nach, daß die Nazis Lord Rothemere selbst als Juden bezeichnet haben

München, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Hitler macht in seinem „Völkischen Beobachter“ verzerrende Äußerungen, die ihm peinliche Laiaage aus der Welt zu kugnen, daß sein neuester englischer Freund, Rothemere, jüdisches Blut in den Adern hat. Sein Hauptstichleiter Alfred Rosenberg behauptet jetzt und freiz das Gegenteil. Er brachte sogar ein allerdings reichlich verschwommenes Bild über Rothemere in seiner Zeitung, um darzutun, daß der Mann nicht den geringsten jüdischen Zug aufweist. Dieser gleiche Rosenberg hat vor zehn Jahren genau das Gegenteil behauptet. Kein Geringerer als General Ludendorff hat diese Entdeckung gemacht und nicht sie nun in seiner „Ludendorff Volkszeitung“ wiederholt. Im Jahre 1920 gab Rosenberg im Deutschen Volksverlag in München ein Buch mit dem wunderbaren Titel „Die Spur der Juden im Wandel der Zeiten“ heraus. Darin finden wir folgende Stelle:

„König Eduards Günstlinge und vertrauliche Ratgeber waren zwei Juden, Abraham Saffron und der aus Deutschland emigrierte Ernest Cassel. Heute heißen die Kullenschieber im Oberhaus Montague (Montag, ein gewesener Uhrmacher aus Galizien), Rothschild, Wandsworth (Stern), Burnham (Levy Lawson), Herschel (Naphthali), Ludlow (Lewi), Michelham (Stern), Northcliffe (Harmsworth-Stern), Rothemere (dessen Bruder) und andere.“

Fürwahr, die Sache der Juden liegt in guten Händen und neben ihrer englischen Orientierung sind alle Juden allmählich einig geworden, ob sie Zionisten oder Antizionisten sind; deshalb haben sie die Entente, besonders aber England, in der Bekämpfung des Landes mit allen Mitteln unterstützt, das diesen Staat entgegenstand, des Deutschen Reiches.“

Mit grimmigem Hohn bemerkt Ludendorff dazu: „Blutige ist noch nie eine antijemische Bewegung in ihrer eigenen Zeitung verhöhrt worden. Ist es der antijemischen NSDAP, und ihrem Leiter Hitler kein Schande mehr, von jüdischen Weltkneitern und Kriegsherrn gegen Deutschland so gelobt zu werden? Ja, ist es ihnen nicht ein unauslöschliche Schande, dieses Judenlob in dem Parteiblatt als Aufsatz wörtlich zu bringen und so zu kommentieren, ohne der Lesern gleichzeitig mitzuteilen, daß diese Rothemere der Jude Stern und bekannte Kriegsherr und Deutschenverleumder ist? Es ist eine völkische Schande und eine Schmach für eine sich antijemisch nennende Bewegung, wie Juden sie nie auf sich ließen.“

Hochverratsprozess gegen Gajdo

Prag, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

95 Funktionäre der tschechischen Faschistische Partei, darunter auch der ehemalige Abgeordnete Gajdo als Hauptschuldiger, erhielten vom Kreisgericht in Prag die Verurteilung, daß gegen sie auf Grund des Republikausbeuges das Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet wurde. Es wird ihnen vorgeworfen, Anschläge gegen die Republik geplant, sich zu diesem Zwecke unerlaubt bewaffnet und staatsfeindliche Vereinigungen geschlossen zu haben.



Tanzschuh-Tage

Ausgefallen schöne Modelle nach den neuesten Pariser Schnitten verkaufen wir zu Preisen, die Sie bei solchen Schuhen nicht für möglich halten.

<p>Damenschuhe:</p> <p>Silberbrokat Pumps schöne Dessins, elegante Formen, echter Louis XV. Absatz</p> <p style="font-size: 2em; font-weight: bold;">6⁹⁰</p> <p>schwarz Atlas Spanngamaschen faches Modell, überaus preiswert echter Louis XV. Absatz</p> <p style="font-size: 2em; font-weight: bold;">7⁹⁰</p>	<p>Herrenschuhe:</p> <p>Herrn Lackhalbschuh moderne schlanke Form, beson- ders billig</p> <p style="font-size: 2em; font-weight: bold;">12⁵⁰</p> <p>Herrn Lackhalbschuh tonangebender Modellschnitt, fein geradelt</p> <p style="font-size: 2em; font-weight: bold;">14⁵⁰</p>
--	--

6⁹⁰

Silberbrokat Spanngamaschen
moderne Dessins, halbrunde Form,
echter Louis XV. Absatz

Freier

TAGE

Herzberg & Co.

Ostdeutschlands
größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate
in Breslau in 7 Filialen ab:
Nöfchenstraße 48
Lauthenstraße 10
Klosterstraße 64
Frankfurter Str. 103,
Bücherplatz 17/18
Michaelisstraße 3
Selenkestraße 17
gegenüber dem Schlachthof

Vom Faß, per Liter
Breslauer 32% 2.85
Rathaus-Creme 35% 2.90
Rumverschnitt 38% 3.70
Weinbrandverschnitt 4.45
Weinbrand, echt. 4.40
96% Spiritus 7.00

Liköre vom Faß
von 1/10 Liter an
per Liter per Liter
30% 3.70 35% 4.40
Liköre in Flaschen
p. Flasche p. Flasche
30% 3.10 35% 3.60
Stonadorfer, Blutorange, Ingwer, Curacao, Alpen-
kräuter, Prunelle, Pfefferminz, Kümmel, Cherry-
Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum
und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb



Spezialitäten
El-Grème 4.00 3.20
Medoc-Cordial 5.00
Abtei 5.00
Eiskümmel 5.00
Herzberg
Boonecamp 5.00
Herzberg
Lebentropfen 5.00
Himbeersaft a. ltr. 1.20

Deutscher Weinbrand
Marke Urkratt
aus französ. Weinen
in Flaschen
Deutscher
Weinbrand 3.50
Weinbrand 4.00
Weinbrand 5.00
Verschnitt 2.80, 3.20

Stadttheater

Freitag, 19.30 bis gegen 23 Uhr:
Abonn.-Vorst. C 3
Boris Godunow
Sonnabend, 20.15 bis gegen 22.45 Uhr
Tosca
Freitag, 11.30 bis 13 Uhr:
Königreichshuldigung
anlässlich des 50. Todestages
von Jacques Offenbach
Vortrag
v. Prof. Dr. F. Deesey: Wien
Uraufführung:
Offenbachs
Sonnabend, 12.30 bis 13.30 Uhr:
Ernst. Preis-Gruppe II
Das Dorf ohne Glocke
Sonnabend, 19.30 bis gegen 23 Uhr:
Carmen
Freitag, 19.30 bis gegen 23 Uhr:
Die Fleidermaus
aus der Reinhardt'schen Neu-
gestaltung.

Lieblich

Theater
Täglich
2
Vorstellungen
4
Uhr nachmittags
8
Uhr abends
mit dem großen
Eröffnungs-
PROGRAMM
Sensationeller
Preiskauf!
Vorverkauf
ununterbrochen.

Operntheater
Telefon 56747
Freitag 20.15 bis 21.15 Uhr:
Hort
Schauspiel
v. Gerhard Wenzel
Theater
Freitag 20.15 bis gegen 22 Uhr:
Der große Heiterkeitserfolg
Ingeborg
Komödie von Curt Gög
Sonnabend 5.30 bis gegen 17.30
(Freie Preise)
Stern in Belgien

Schauspielhaus
Operntheater
Direktion: Carl Lorch
Täglich 8 Uhr
Der Sensationserfolg
Grote Solists in
Drei Musiktiere
mit
Igo Galkanski
Gaida Gocall
Ivo Winter
Jeden Sonntag 4 Uhr:
Land des Lächels
Werttätige
bezieht die
Gastwirtschaft
von W. Bähr
Sonnabend 14
Sonnabend 14
Sonnabend 14

Wartburg
Lichtspiele
Gröschenerstr. 94a
Nur bis Montag!
Wilhelm Muerle und Lisa Meyers
in den herrlichen Filmwerk
Ich lebe für Dich
Ferner: Harry Hoffer
in seinen besten Großformaten!
Die Konkurrenz platzt
Sonnabend 7 Uhr Große Musikveranstaltung
Charlie Chaplin in den Größen
KARRIERE
und Grotteske

Wartburg
Lichtspiele
Gröschenerstr. 94a
Nur bis Montag!
Wilhelm Muerle und Lisa Meyers
in den herrlichen Filmwerk
Ich lebe für Dich
Ferner: Harry Hoffer
in seinen besten Großformaten!
Die Konkurrenz platzt
Sonnabend 7 Uhr Große Musikveranstaltung
Charlie Chaplin in den Größen
KARRIERE
und Grotteske

Wartburg
Lichtspiele
Gröschenerstr. 94a
Nur bis Montag!
Wilhelm Muerle und Lisa Meyers
in den herrlichen Filmwerk
Ich lebe für Dich
Ferner: Harry Hoffer
in seinen besten Großformaten!
Die Konkurrenz platzt
Sonnabend 7 Uhr Große Musikveranstaltung
Charlie Chaplin in den Größen
KARRIERE
und Grotteske

Die vorbildlichen Tonfilm-Theater

Deli-Theater	Gloria-Palast	Kristall-Palast	Beh-Lichtspiele	Tivoli	Kosmos-Palast
Die zärtlichen Verwandten erwarten Sie!	E. A. Duponts Zwei Welten Der Monumental-Sprech-Tonfilm	Einheitspreis 1 Mark Westfront 1918	Wien, du Stadt der Lieder	Henny Porten in ihrem 1. Sprechfilm Skandal um Eva	Wien, du Stadt der Lieder
5, 7, 9 Uhr	3.30, 5.20, 7.10, 9.10 Um 3.30 ermäßigte Preise	Vier von der Infanterie Nach dem in der „Volks-wacht“ erschienenen Roman von Johannsen Dazu Erstaufführung: Der Haat seiner Liebe 1/2, 5, 6 und 9 Uhr	Die erfolgreiche Sprech- und Gesangspoese vom blauen Donaustrand 5, 7, 9 Uhr	und Beiprogramm 5, letzte Vorst. 9 Uhr	Die erfolgreiche Sprech- und Gesangspoese vom blauen Donaustrand 6 und 9 Uhr

Zentralverband der Maschinenisten und Heizer sowie Bergarbeiter Deutschlands Ortsgruppe Breslau
Sonnabend, den 4. Oktober 1930
im großen Saal des Gewerkschaftshauses
30 jähriges Stiftungsfest
unter Mitwirkung des Gesangvereins „Sängerbund“ (D. A. S.) und der Freien Turnerschaft Breslau, 5. Abt.
Alle Kollegen, Freunde und Bekannte sind herzlich eingeladen. Der Vorstand.

1. Arbeiter-Angler-Verein E. V., Breslau
Sonnabend, den 4. Oktober
im Sternsaal des Kasinos:
10. Stiftungsfest.
Hierzu werden Gäste und Sportfreunde herzlichst eingeladen.
Der Vorstand.

WAPPENHOF
Heute Freitag
sonntägl. (außer Sonnabenden) ab 4 Uhr:
Große Familien-
Nachmittags-Vorstellung
mit dem 1. Oktober-Programm:
Gute Botsung, die beliebte Vortrag-
sängerin; 2. Annette, die hervorragende
musikalische Interpretin; Valentin, der
Viktor; 3. Gips, die Kompositionen von
Hilfen; 4. Die Sylvestertage, die
wunderschöne Ballett-Gruppe; Gips's
Meyer, Allen als Akrobaten, Equilibristen,
Poch- und Distanzwerker; Die Akrobaten,
Könige der Kunst; Walter, Fliesen, Hosen;
Carl Semmelmann u. Partner, Luftkünstler
1929
Wappenhof-Gesellschaft
Leitung: Kapellmeister Max Schilling.
Eintritt: Einbeleges 30 Pf.
Ab 8 Uhr:
Busier Abend
des Reichsbanners

Gesellschaftshaus Bergkeller
Heute Freitag 7 Uhr
Wald- und Geflügel-Abend
Tanz
Alle Freunde, Bekannte und Gäste laden wir
herzu eingeladen von K. Busch u. Frau.
Zentral-Ballsäle
Rathhausstr. 14/15
Jede Halb- und Ganzstunde Tanz
Täglich 10 Uhr bis 12 Uhr
Saal und Gesellschaftshaus St. Casimir und
Verein zu St. Joseph, Bergkeller

Im Park von Scheitling, still verborgen,
Bergst man alle seine Sorgen
mit in der
Schweizerei
Inhaber Fritz Becker
Straßen-
Kohlenstr.
10 und 21

Konditorei u. Café Gernoth
Zimpel, Howerweg 43
empfiehlt seine freundl. Lokalitäten
Bestes Gebäck // Gut gepflegte Getränke
Verzinszimmer frei 5851

Primus
PALAST-HUBENSTR. 10
Vom 2. bis 9. Oktober
— Täglich ab 5 Uhr —
Eintrittspreise ab 60 Pfennige
Kinder nur 1. Vorstellung Zutritt halbe Preise
Wieder ein Bombenspielplan
Ein Königsdrama
aus dem indischen Dschungel
Liebesroman aus dem Lande
der tausend Wunder u. Träume
Schicksals-
Würfel
In den Hauptrollen:
Hans Rul, Leiza Devi, Charu Roy
* Berliner Morgenpost schrieb
Man ist fasziniert... dramatische Spannung
aufwühlende Wirkung von bezaubernder
Schönheit

Ufa-Weekenschau
Grotteske - 2 Akter
Blondy im Laden
Gourad Veldi - Mary Pilsch
Schauspiel
Illusion
Ein Werk starker Spannung
Darstellung: Auszeichnung erstklassig
Sonnabend 3 Uhr:
Münster-Vorstellung
30 und 50 Pf.

Der Lindenhof
Breslau-Carlowitz
Jede Halb- und Ganzstunde Tanz
Vor 12-1 Uhr: In Mühlgraben
Jeden Mittwoch Tanz
4. Oktober: Stiftungsfest
des Gesang-Vereins „Freiheit“, Carlowitz

WELT-BUHNEN ASTORIA-PALAST
Friedr.-Wilh.-Str. 35 Fürstenstraße 22
In beiden Theatern das einzig dastehende
Doppel-Programm
I.
Camilla Horn
Mein Herz gehört Dir
Eine Skandalaffäre aus der großen Gesellschaft
7 Akte mit Werner Fritzer
II.
Ein Szenarium in der Art
Jack Londons
obstereotyper u. lebensprobender Südseegeschichten
Freibeuter der Südsee
7 Akte mit großer Besetzung
III.
Die großen Bühnen-Attraktionen
Es muß an der Liebe
etwas dran sein
Exotischer Jongleur
Poly Pfeiffer, W. Kahl
Wein, W. 6 u. 8 1/2 Uhr
So. 3 u. 8 1/2 Uhr
Astoria W. 5. u. 3 Uhr
letzte Vorst. 8 1/2 Uhr

Atlantik
TONFILM-
THEATER
GRÖSCHENER STR. 74
Freitag, 3. Okt. bis Donnerstag, 9 Okt.
5, 7, 9 Uhr, Sonntags ab 3 Uhr
Lilian Harvey, Willi Fritsch
im UFA-Großformat
1. Prozeß der Kitty
Kellermann
Mokuspoker
2. Russische Symphonie
3. Unvollkommene Ehen
4. Naturaufnahme u. Wochenbericht
Volkstümliche Eintrittspreise
Sonnabend 3 Uhr Gr. Jugendvorstellung
Henckners Festale Morgenau
Heute Freitag:
Der verkaufte Ball
Morgen Sonnabend:
Herbst-Verantw. des
des Sailer-Vereins „Rieser“

Linke-Hofmann vor Gericht

Um die Stilllegung des Lokomotivbaus

Die Einspruchsklagen der mitentlassenen Kesselschmiede erfolgreich Der Herr Betriebsdirektor will kein Zeugnis leisten

Es ist noch nicht lange her, daß das Gerücht umging: Die Linke-Hofmann-Werke legen den Lokomotivbau still. Zuerst hielt das niemand für möglich, waren doch schon in den Jahren vorher Tausende von Arbeitern dieses Wertes Abbaumassnahmen zum Opfer gefallen. Man hoffte immer noch, die Grenze dieser Rückwärtsentwicklung sei bereits erreicht, zumal bekannt war, daß die technischen Einrichtungen der Lokomotivbau-Abteilung allen Anforderungen der Neuzeit entsprächen. Allein das Gerücht wurde zur Tatsache: Linke-Hofmann hatte seine Lokomotiv-Quoten an Henschel & Krupp verkauft und legte still. Vergeblich waren alle Interventionen der Stadt, der Gewerkschaften, vergeblich auch die Einwirkungen anderer maßgebender Kreise, die der Entblößung des deutschen Ostens von aller Industrie entgegenwirken wollten. Die Gesetze des Profits und des Quotenhandels regieren im kapitalistischen System. Als Requirat für die Abtretung der Lokomotiv-Quoten wurde der Anteil an der Waggonbau-Quoten erhöht, und die Opfer dieser Maßnahme, 570 Arbeiter, flogen auf die Straße. Fünfzig Arbeiter erhoben gegen die Entlassung Einspruch beim Betriebsrat, der 18 Einsprüche als berechtigt, das heißt als unbillige Härten, anerkannte, worauf mit 12 eine Verständigung erzielt wurde.

Die übrigen sechs, mit denen Linke-Hofmann sich nicht zu einigen vermochte, erhoben Klage auf WiederEinstellung beim Arbeitsgericht, das die Kläger aber abwies. Vor dem Landesarbeitsgericht wurde hinsichtlich des Arbeiter W. ein Vergleich erzielt, da dieser auf kurze Zeit wieder eingestellt worden war. Von den übrigen fünf Klägern waren drei im Lokomotivbau und zwei in der Kesselschmiede beschäftigt gewesen. Genosse G. betonte als Vertreter des für die Arbeiter klagenden Betriebsrates, daß hier die Frage aufzuwerfen sei, ob diese Stilllegung der Lokomotivwerkstätte nur auf Kosten der Arbeiter geschehen solle, oder ob nicht vielmehr auch der Arbeitgeber die Pflicht habe, einen Teil der Arbeiterkürzung entfallenden Nachteile zu tragen. Der bekannte Neun-Millionen-Kredit der Stadt Breslau, der jetzt erst wieder verlängert worden ist, sei schließlich nur unter der Bedingung gegeben, daß die Anzahl der Beschäftigten nicht unter eine bestimmte Richtzahl sinken darf. Wenn die beklagte Firma behauptet, daß die Arbeiter des Einspruchsrecht gegen die Kündigung beim Betriebsrat nicht gehabt hätten, weil es sich um eine Stilllegung handele, so sei festzuhalten, daß die Entlassung ausgesprochen wurde, als erst die Pflicht zu dieser Stilllegung bestand. Das Reichsarbeitsgericht habe aber ausgesprochen, daß eine bevorstehende Stilllegung das Einspruchsrecht nicht ausschließe. An sich stellen die Entlassungen unbedingt eine unbillige Härte dar, da es keine Aufstellung des Betriebsrates in der Abteilung Waggonbau eine ganze Anzahl Arbeiter gäbe, die von einer Entlassung nicht so hart betroffen würden wie die drei Kläger, die schon 14, 18 und 31 Jahre lang in dem Betriebe tätig waren. Dann sei es auch nicht notwendig gewesen, den Lokomotivbau zu schließen, Herr Keinemann, der Betriebsdirektor von Linke-Hofmann, habe noch Anfang dieses Jahres eine Denkschrift verfaßt, in der er zum Ausdruck brachte, daß es „ein Verbrechen für den deutschen Osten bedeute, und es durch nichts gerechtfertigt sei, die Lokomotivbau-Abteilung aufzugeben.“

Eine plötzliche Meinungsänderung dürfte wohl nur im Interesse der hinter den Linke-Hofmann-Werken stehenden Kapitalmächte, nämlich der Darmstädter Bank und dem Deutschen Eisenkonzern, möglich sein.

Der gegnerische Anwalt, Lion-Levy, der die wenig breitenwärtige Aufgabe hat, öfters am Landesarbeitsgericht die Interessen des Unternehmertums zu vertreten, war natürlich der Ansicht, daß es nicht Aufgabe des Arbeitsgerichtes sei, die Zweckmäßigkeit der Stilllegung zu prüfen. Die Stilllegung wäre doch früher oder später doch einmal erfolgt. Nur „schädlige“ Erwägungen hätten dazu geführt, die 6 Prozent betragende Lokomotivbau-Quoten gegen eine Erhöhung der Waggonbau-Rate um 7,78 Prozent abzutreten. In übrigen stellen die Entlassungen nach seiner Ansicht keine unbillige Härte dar, da diese in den Verhältnissen des Betriebes begründet seien. Eine Weiterbeschäftigung der Entlassenen in der Waggonbau-Abteilung komme gar nicht in Frage, diese Abteilung sei auch schon voll besetzt. Man müsse sich auch fragen, ob es im Interesse des Betriebes liege, immer nur die jungen Kräfte zu entlassen, was letzten Endes zu einer Überalterung der Belegschaft führen würde.

Bei der Verhandlung über die Klagen der beiden Kesselschmiede fehlte der als Zeuge geladene Herr Keinemann, der es offenbar vorgezogen hatte, gerade an diesem Tage zu verreisen, wie sich bei Gericht zu entschluldigen. Der Anwalt des Unternehmers wollte nun nicht weiterverhandeln; eine beliebige Taftil, unbehagliche Prozesse ins Endlose zu verschleppen. Er fand aber beim Gericht durchaus keine Gegenliebe, das den Antrag abzulehnen und sich eine Befragung des nicht erschienenen Zeugen vorbehalten. Der Arbeiter W. wurde bereits im Jahre 1899, der Arbeiter F. im Jahre 1905 eingestellt. Beide haben ihre Arbeit auch stets zur vollsten Zufriedenheit verrichtet. In der Kesselschmiede, wo beide zuletzt beschäftigt waren, ist eine Arbeits-

verminderung nicht eingetreten, man mußte sogar noch Arbeiter aus anderen Abteilungen zur Hilfeleistung heranziehen. Offenbar, erklärte der Vertreter des Betriebsrates, ist ihnen nur gekündigt worden, weil sie eine Zeit lang krank waren.

Das Gericht wies die Berufung der früher im Lokomotivbau beschäftigten drei Kläger zurück, der von den beiden Kesselschmieden eingelegten Berufung gab es jedoch statt und verurteilte die Linke-Hofmann-Werke zur Wiedereinstellung oder Zahlung einer Entschädigung von 1490 Mark bzw. 1500 Mark. In der Begründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Jadesohn, an, daß der Einspruch der drei Arbeiter gegen die Kündigung, auch im Hinblick darauf, daß es sich damals um eine beabsichtigte Stilllegung gehandelt habe, berechtigt gewesen sei. Die Entlassung nach jahrelanger Beschäftigung war eine unbillige Härte für die davon Betroffenen. Die Betriebsverhältnisse ließen sie jedoch nicht als solche erscheinen. Dagegen sei bei der Kesselschmiede keine wesentliche Arbeitsverminderung eingetreten, da ja sogar noch aus anderen Abteilungen Ausschüßkräfte herangezogen werden mußten, ein Grund zur Entlassung wegen Arbeitsmangels lag also nicht vor, und die Entlassung der so lange im Betriebe tätigen Arbeiter war daher als unbillige Härte anzusehen.

Das Urteil ist hinsichtlich der zurückgewiesenen Arbeiter reichlich anfechtbar, da es in Ueberspizung der Beachtung formaler Fragen einfach nicht davon Kenntnis nimmt, daß der klagende Betriebsrat in erster Instanz eine Liste überreicht

hatte, in der Personen verzeichnet waren, die eine Entlassung weniger hart treffen würde. Dieser Nachweis, daß die Entlassenen also sozial besonders getroffen und die Entlassung für sie daher eine unbillige Härte darstellen würde, ist nun verheerend nicht zu den Akten genommen, sondern dem Vertreter des Betriebsrates nach der Verhandlung formlos wieder zurückgereicht worden. Der damalige Vertreter des Betriebsrates Genosse Hanske, ist inzwischen verstorben und der Vorgang dem kaum jemand Bedeutung beimessen hat, wirkt sich nun infolge der ausschließlich formalen Bewertung des Landesarbeitsgerichts aus, daß es diese Liste als „neue Tatsache“ an die vom Berufungskläger in der Verhandlung nicht mehr vorgebracht werden darf. Obwohl also der fragliche Nachweis oder zum mindesten eine vom Kläger als solche angeführte Aufstellung vorhanden war, wurde sie als nicht existent betrachtet, weil der Vorsitzende der Vorinstanz sie nicht formell zu den Akten genommen hatte, ein Beweis übrigens, wie sehr unsere Vertreter vor den Arbeitsgerichten auf Scheinbar nebensächliche Formalitäten achten müssen.

Trotz des juristischen Erfolges bei den Klägern aus dem Lokomotivbau waren diese Entlassungen sicher reichlich unrentabel. Die Kesselschmiede müssen wieder eingestellt werden oder hohe Abfindungen erhalten, die Gerichtskosten für die Fälle fallen einschließlich der Vertretung beider Parteien der Werk ebenso zur Last wie die Kosten der Vertretung des klagenden Betriebsrates für die zurückgewiesenen Berufungen, da dies bekanntlich unter den Begriff der Geschäftsführung des Betriebsrates fällt, die zu Lasten des Unternehmers geht. Es wäre also praktisch weit vernünftiger gewesen, man hätte bei den Verhandlungen etwas nachgiebiger gezeigt. Per Saldo wäre das billiger und für das Renommee der Firma sicherlich auch vorteilhafter gewesen.

Die Kommunalbeamten protestieren

Riesenversammlung im Schiefwerder fordert, daß der Magistrat seine Beamtenschaft gegen den Spruch schützt und Beschwerde einlegt

Der Spruch des Bezirksausschusses, durch den die Gehälter der Beamten und Angestellten der Stadt Breslau der Besoldungsordnung Preußens angeglichen werden sollen, hat unter der Beamten- und Angestelltenkammer der Stadt die zu erwartende Proteststimmung ausgelöst. Sie erhielt sichtbaren Ausdruck in einer von den Verbänden der Kommunalbeamten und Angestellten getreten am Abend in den großen Schiefwerderaal einberufenen Riesenversammlung, die bis auf den letzten Platz besetzt war, so daß noch eine Anzahl der Erschienenen in den Gängen stehen mußten, obgleich auch die Gallerien besetzt werden durften.

Wie der Versammlungsleiter, Stadtkammermann Wogde in der Begrüßungsansprache betonte, sollte die Versammlung die allgemeine Erbitterung kundtun und den Magistrat zur Revidierung des in dieser Angelegenheit gefaßten Beschlusses veranlassen, da mit dem heutigen Tage die Einspruchsfrist gegen den Spruch des Bezirksausschusses abläuft. Als Referent war der Verbandsdirektor Ehrmann des „Romba“ erschienen, der in fünf einstündigen Ausführungen zu der durch den Spruch geschaffenen Lage Stellung nahm. Er wies darauf hin, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bei der Schaffung der Breslauer Besoldungsordnung im Jahre 1928 nichts getan haben, was die Ausführensanweisung zur Besoldungsordnung im Jahre 1920 verleiht hätte, die Besoldungsordnung, die von den städtischen Körperschaften beschlossen worden ist, sei doch gewiß nur nach ganz gewissenhafter Prüfung der Materie zustande gekommen und die Beamtenschaft könne wohl Anspruch darauf erheben, sich im Besitze dieses ihr verbrieften Rechtes zu fühlen. Der durch das Eingreifen des Regierungspräsidenten aufgerollte Streik sei besonders deshalb peinlich, weil damit versucht wird, den Eindruck zu erwecken, als

wäre die Finanznot der Stadt der Ausgangspunkt der Revision.

Während man in den Ministerien hören konnte, daß die Höhergruppierungen den Betrag von 2,7 Millionen erfordern, gab der Regierungspräsident dem Magistrat die Anweisung, die Differenz mit 970 000 Mark in den Etat einzufügen. Der Redner sprach anschließend in längeren Ausführungen über die eigenartige Methoden, durch die der Spruch des Bezirksausschusses auszuführen zustande gekommen ist und legte große Zweifel, ob in einer fünfständigen Sitzung die ganze Materie und die 273 Seiten lange Besoldungsanweisung auch nur oberflächlich erörtert werden können. So routiniert könne allerdings die Kommunalbeamtenschaft nicht arbeiten. Die ganze Verhandlung sei ein Beweis dafür, daß die Begründung des Urteilspruchs nicht in Breslau entstanden ist. Wenn der Regierungspräsident gleichzeitig die Durchführung des Spruches ab 1. Oktober geordert hat, mit dem Hinweis, daß Schwierigkeiten trotz der kurzen Zeit bis zur Gehaltszahlung nicht entstehen könnten, da ja die Gehaltsabläufe seit sieben Monaten bekannt seien, so sei zu dieser Auffassung nur zu sagen, daß es bisher nicht üblich war, das Schaffens zu bauen, während das Schiefwerdergericht noch tagt. Zum Schluß gab Verbandsdirektor Ehrmann der Hoffnung Ausdruck, daß sich noch in letzter Stunde der Magistrat seiner Schutzpflicht gegenüber seiner Beamtenschaft bewußt werden möge und sich vor sie stelle, bis zur letzten Instanz. Sollte der Magistratsbeschuß, keine Beschwerde zu erheben, durchgeführt werden, dann werde eben die Organisation der Beamtenschaft zur Seite stehen.

Als zweiter Redner schildert Verbands-Geschäftsführer Richter nochmals den Gang der ganzen Verhandlungen und ging auch auf die Vergleiche ein, die bei der Angleichung der städtischen Beamten und Angestellten an die staatliche Besoldungsordnung angezogen worden sind. Ganz besonders hob er hervor, daß ein Gutachterausschuß bestätigt hat, daß die Besoldungsordnung richtig aufgestellt worden sei.

Als Vertreter der einzelnen Gruppen sprachen dann noch Obergeldheber Lauterbach, Stadtschreiber Seelenmeyer, Oberstadtschreiber Traase, Oberstadtschreiber Sitte und Oberstadtschreiber Schirmer.

Zum Schluß gaben noch die Wortführer der Beamtenschaft bei den Verhandlungen, Krankenhausdirektor Feige und der Vertreter der freien Gewerkschaften, Oberstadtschreiber Reumann Erklärungen über den Gang der Verhandlungen ab, wobei Kollege Reumann ganz besonders hervorhob, daß die Beamtenschaft alle Verantwortung habe, mit der Angestellten- und Arbeiterkammer Tuschführung zu nehmen.

Die Beschlüsse- und Mißfallensurhebungen während der einzelnen Ausführungen und der Besuch der Kundgebung dürften die anwesenden Magistratsvertreter über die Stimmung der Be-



„Abdulla STANDARD
Raucher urteilen nur
nach Qualität!“

„Sie verändern sich nie“

Denken Sie an:
STANDARD
CIGARETTEN
Sie bringen dieses Plus
an Qualität

5
Pfg

antenschaft ebenso informiert haben als die von den Rednern angeführten sachlichen Argumente.

Einmütig nahm die Versammlung zum Schluss die folgende Entschließung an:

Der Bezirksausschuss in Breslau hat es für sich gehalten, auf Veranlassung des Regierungspräsidenten die städtische Besetzungsordnung drei Jahre nach ihrem Inkrafttreten in einer Weise abzuändern, die mehr als 2500 städtische Beamte und Angestellte in ihrem Bezügen nachträglich außerordentlich einschneidend herabsetzt und zu einem großen Teile die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz aufs schwerste gefährdet.

Die Beamtenchaft ist davon überzeugt, daß dem Magistrat diese Mängel des Beschlusses nicht entgangen sein können. Sie bedauern um so mehr, daß der Magistrat unter Verletzung seiner Schutzpflicht gegenüber den Beamten trotzdem auf die Erhöhung des Rechtszuges verzichtet will.

Festabend bei Siebich

Das neue Programm unter neuer Direktion

Die neue Direktion Gajger trat am 1. Oktober mit einer Festvorstellung auf den Plan, bei der ein sehr gutes Programm abgewickelt wurde. Doch zunächst eine Frage: Warum hat man bezüglich der Kunst das eigene Licht unter den Scheffel gestellt? Das Siebich-Orchester ist nicht schlecht, und mit der Beethovenischen Operette 'Die Weiße des Hauses' hätte es sich doch einmal auf der Bühne zeigen können.

Das Haus war gut besetzt. Die Spitzen der Behörden hatten der an sie ergangenen Einladung gerne Folge geleistet, ist doch das Schauspielhaus von Bedeutung für Stadt und Provinz, und mit nur noch zwei gleichen Anstalten hat es die Spitze des ganzen bescheidenen Kulturwesens.

Das Haus war gut besetzt. Die Spitzen der Behörden hatten der an sie ergangenen Einladung gerne Folge geleistet, ist doch das Schauspielhaus von Bedeutung für Stadt und Provinz, und mit nur noch zwei gleichen Anstalten hat es die Spitze des ganzen bescheidenen Kulturwesens.

Was die Polizei weiter möglich machen?

Die Nationalsozialisten aller Verbände intendieren, besonders bei unserer Arbeit in den Straßen Breslaus. Ganz besonders ist die Polizei und in ihr die Schandhüter der Straße, wo sie ihr übliches prozedurales mit jähem Wechsel an den Tag legen, ihre immer größer werdende Polizeimacht zur Schau stellen, und mit ihrer Hand-Clasche jähem Ungehörigen und andersartigen Bürger entgegen.

Wohin zum Sonntag hinausgehen?

In der vergangenen Nacht wurde die Polizei in der Haupt-Eisenbahnstraße 2 alarmiert, wo die Arbeiter der Eisenbahn-Inspektoren-Gesellschaft heute, Sonntag, den 2. Oktober, um 10 Uhr im 4. Stock gegenseitigen Besuchs auf die Bühne und um 10 Uhr die ein Programm der Arbeiter-Kultur-Ausstellung zu geben.

Stadtoberordnete und Stadträte Montag, den 2. Oktober, pünktlich 10 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses, Fraktions Sitzung. Die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder und der Fraktionsvorstand treten bereits um 9 Uhr zu einer wichtigen Besprechung zusammen.

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17 Zum letzten Mal singt, tanzt und spielt die Balalaika-Troupe Panfchenko Brand in Kasan Ein Film von der Wolga Heberflüssige Menschen

Erwerblos bis 5,30 Uhr 25 Pf., Besucherausweis 50 Pf., ohne 70 Pf.

Angestrichener Kassenbote verhaftet Nach zwanzigjähriger Tätigkeit machte er einen Griff in den Tresor

Heute in den frühen Morgenstunden wurde in einem hiesigen Hotel der 34-jährige Kassenbote Paul D. aus Keiße verhaftet, der wegen Unterschlagung von 2000 Mark, 6000 Tischelektronen und 90 Golddollars gefasst wurde. Der Festgenommene, den das Fahndungsmando der Kriminalpolizei bei einer Hotelrevision ausfindig machte, gab an, am vorigen Sonntag das Geld ungeglaubt aus dem Tresor der ihn seit 20 Jahren beschäftigenden Bank in Keiße genommen zu haben, als er allein im Geschäftsraum war und Loje verkaufen sollte.

Dass rechtzeitig Defen und Herde infestsetzen

Schadhafte oder verrostete Defen sind seit jeher die Ursache vieler Schäden und Gefahren für die Häuser und Bewohner. Die mangelhafte Unterhaltung von Feuerstätten ist nach § 368 des Strafgesetzbuches strafbar. Es liegt daher im eigenen Interesse jedes Hausbesizers und Mieters, rechtzeitig vor Beginn der kalten Witterung dafür zu sorgen, daß die Feuerstätten überholt, höchst ziehende oder ruhende Defen und Herde geputzt und schadhaft inhandgegriffen werden.

Montag, den 7. Oktober 1930, 19.20 Uhr spricht im großen Saal des Gewerkschaftshauses in einer

Funktionär- und Vertreter-Versammlung Genosse Dr. Rudolf Müllerling

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Gegenwart Eintritt in den Saal nur bei Vorzeigung der Funktionär- oder Vertreterkarte und des Mitgliedsbuches. Zutritt zur Galerie gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Eingang durch das Restaurant.

Arbeiter-Kultur-Ausstellung und Arbeiter-Kultur-Woche im ständigen Generalkomitee Breslau, Schweidnitzer Straße

Reiseneröffnung der Ausstellung 27.7.30 Pünktlich 10 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses. Eintritt frei. Generalkomitee der Ausstellung am Freitag, den 2. Oktober, 10 Uhr, findet im Saal des Gewerkschaftshauses statt. Eintritt frei. Generalkomitee der Ausstellung am Sonntag, den 2. Oktober, 10 Uhr, findet im Saal des Gewerkschaftshauses statt. Eintritt frei.

Sozialdemokratische Partei

Die 2. Montag, den 6. Oktober, 10 Uhr, bei Kantsch, Hocht. Die 3. Montag, den 6. Oktober, 10 Uhr, bei Kantsch, Hocht. Die 4. Montag, den 6. Oktober, 10 Uhr, bei Kantsch, Hocht. Die 5. Montag, den 6. Oktober, 10 Uhr, bei Kantsch, Hocht.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell 25.3.30 Sonntag, den 3. Oktober, beginnen wieder unsere heimische im Gewerkschaftshaus. Von 15 Uhr ab freier Unterhaltung. 20 Uhr an gefallt die graphische Jugend.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 18.10.30 Sonntag, den 3. Oktober, 19.30 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses. Eintritt frei.

Heroinfallen 18.10.30 Sonntag, den 3. Oktober, 19.30 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses. Eintritt frei.

Deutscher Metallarbeiter-Verein 18.10.30 Sonntag, den 3. Oktober, 19.30 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses. Eintritt frei.

Aus Not in den Tod Vor einer Bodenlampe, unmittelbar vor seiner Wohnung im Hause Frankfurtstraße 122, wurde am Donnerstag 1. Oktober ein 55-jähriger Haushälter Mag. K. erhängt aufgefunden.

Geschäftseinbruch in der Bergstraße In der Bergstraße verhafteten sich in der Nacht zu Donnerstag unbekannt Einbrecher Zugang zu einem Wollwarengeschäft und nahmen 22 Stück Rüscher-Tüchchen, Karo- und Blummuster, 10 Duzend modifizierte Damenstrümpfe, 11 Paar schwarzweiße Herrensocken, ein halbes Duzend Herrenunterhosen, zwei Duzend Selbstbilder in bunten Farben, fünf Duzend feine Schlüpfer und sechs Duzend Winterstrümpfer im Gesamtwert von etwa 550 Mark als Beute mit.

Kafführung der 2. Sinfonie von Beethoven durch den Volkschor Breslau und die Schiller'sche Philharmonie. Sonntag, den 3. Oktober, Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, 10 Uhr.

Bezirks-Bildungslehre Genosse Brojmitz, Frankfurt a. M., spricht über: 'Sinn und Aufgabe der Arbeiter-Kultur-Kartelle'. Sonntag, den 3. Oktober, Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, 10 Uhr.

Abteilung Arbeitsauswahl Freitag, 3. 10. 18 Uhr, Sitzung des Arbeitsauswahls im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, 10 Uhr.

Wer hat hier Gott gelästert?

Die Berufsverhandlung im George Groß-Prozess
Vor der zweiten großen Strafkammer des Landgerichts III in Berlin wird am Freitag zum vierten Male der Gotteslästerungsprozess gegen den Maler George Groß zur Verhandlung kommen, nachdem die Berufsverhandlung immer wieder vertagt worden war, weil die Justiz dem schwierigen Prozeßkomplex offenbar mit einigem Unbehagen gegenüberstand.
George Groß wurde im Dezember 1928 wegen Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuches anstelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die gleiche Strafe traf den Direktor des Maler-Verlages, Wieland Herzfelde.

Anlässlich der Aufführung des „Schwejt“ hatte George Groß bei Malik graphische Illustrationen herausgebracht, von denen drei wegen Beschimpfung christlicher Einrichtungen, des Predigeramtes, des Priesterturns und der Christusverehrung unter Anklage gestellt wurden. Das Bemerkenswerteste unter den inkriminierten Bildern war Christus am Kreuz in Gasmaske und Militärlinien. Die Verurteilung des Schöpfungsgerichts Chacalitenburg erfolgte wegen dieses Christusbildes, während die Anklage hinsichtlich der beiden anderen Bilder fallen gelassen worden war.

Im April 1929 kam es zu jener aufsehenerregenden Berufsverhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Siegert, in der George Groß und Wieland Herzfelde unter einer sehr bemerkenswerten Begründung freigesprochen wurden. Landgerichtsdirektor Dr. Siegert führte in seiner damaligen Begründung aus, daß Millionen von Frontsoldaten während des schrecklichen Völkermordens beim Anblick eines Christusbildes die gleichen Empfindungen wie George Groß gehabt hätten. Von einer Gotteslästerung könne daher keine Rede sein, man müsse im Gegenteil annehmen, daß George Groß aus dem Gefühl heraus gehandelt habe, Christus vor den Vergewaltigern seiner Idee zu schützen. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob der zweite Strafsenat des Reichsgerichts das freisprechende Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Den Vorsitz in der neuen Verhandlung wird wiederum Landgerichtsdirektor Siegert führen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Stehning, der übrigens als einer der wenigen fortschrittlichen Staatsanwälte Moabits angesehen wird. Auf den Ausgang des höchst interessanten Prozesses darf man mit Recht gespannt sein.

Schwerer Unfall auf einer Bahnstrecke

Gestern nachmittag ereignete sich bei der Durchfahrt des Schnellzuges 175 Friedrichshagen-Sintturgi durch die Station Ummendorf ein schweres Unglück. Bahnarbeiter, die auf der Strecke an einer schweren Walze beschäftigt waren, ließen diese beim Herannahen des Schnellzuges stehen. Da die Walze zu weit in das Geleise hinübergrazte, wurde sie von der Lokomotive gerammt und heftig geschleudert. Hierbei wurden zwei Arbeiter tödlich und zwei weitere schwer verletzt. Die Schnellzuglokomotive wurde beschädigt. Ein Biberach wurde sofort eine Hilfslokomotive entandt.

Selbstmord eines Bürgermeisters

Bürgermeister Fiebig aus Eisleben, der wegen Unregelmäßigkeiten beim Arbeitsamt Eisleben in Untersuchungshaft genommen wurde, hat sich gestern in seiner Zelle erhängt.

Durch Schläge mit Biergläsern getötet

In einer Stehbarke in Düsseldorf fielen gestern nach einem Wortwechsel plötzlich mehrere Männer über einen Gast her und schlugen ihn mit Biergläsern auf den Kopf. Dann warfen sie den Ueberfallenen auf die Straße, wo er bewußtlos liegen blieb. Straßenpassanten veranlaßten seine Ueberführung ins Krankenhaus, wo er kurz nach der Einlieferung starb. Der Tote hinterläßt Frau und zwei Kinder. Die Polizei nahm zwei Brüder fest, die als Haupttäter in Frage kommen.

Razzia gegen „Massagelalons“

Die Kölner Kriminalpolizei hat bei einer Untersuchung der etwa fünfzig Kölner „Massagelalons“ festgestellt, daß die Mehrzahl dieser Institute in Wirklichkeit sehr einkünftigen Prostitutionszwecken dient. Das vorhandene weibliche Personal wird meist für ganz bestimmte Zwecke angeworben. In einem Fall gab eine weibliche Angestellte bei dem Verhör zu, täglich mindestens dreimal von männlichen Besuchern mißbraucht worden zu sein. Mehrere „Massagelalons“ wurden sogleich geschlossen, andere werden folgen.

Weißes Gift

Razzia in der Friedrichstadt — „Salzyl-Kofain“, die große Gefahr Der Sturm auf die Kofahändler — Die Tragödien der Unheilbaren

In einem Lokal der unteren Friedrichstadt in Berlin, in dem sich Zuhälter, Prostituierte, Koffer und Morphiumisten ein Stellbischen zu geben pflegen, findet eine Razzia statt. Man greift diesen, man greift jenen, fast alle haben sie eine merkwürdige Kofainmischung bei sich, die sich bei näherer Untersuchung als sogenannte „Streikware“, d. h. als ein verdünntes Kofain herausstellt, das vom Hersteller in der unverantwortlichsten Weise mit Bor säure und Salzyl gemischt worden ist. Diese Mischung, die wie Razziastrichproben feststellen, in der ganzen unteren Friedrichstadt, von einem Händler und seinen Agenten verbreitet wird, kann höchst nachteilige Folgen für die Gesundheit der Schnupper haben. Oft bilden sich gefährliche Vereiterungen der Nase und bei Vernachlässigung ist ein Uebergreifen auf das Gehirn und eine Art Stirnhöhlevereiterung nicht selten. Die Behandlung dieser Erkrankungen ist ungemein schmerzhaft, meist ist dauerndes Siedtum die Folge des Genusses von Salzyl-Kofain.

Einige Tage nach dieser Razzia laufen bei der Berliner Kriminalpolizei eine Anzahl anonymer Anzeigen gegen einen etwa 50jährigen Händler ein, der der Polizei als „Unterweltstyp“ wohl bekannt und verdächtig ist. Dieser Mann, dessen Spezialität es ist, in den zahllosen Lokalen dieser Halbweltgegend dunkle Geschäfte zu tätigen, war als Kauschgiftändler sozusagen eine „Prominenz“. Er gehörte zu den Routiniers der Branche, seiner Geschicklichkeit und seinen Verbindungen gelang es immer wieder, sich dem Zugriff der Polizei zu entziehen. Jetzt konnte man ihn endlich fassen. Zwei Kriminalbeamte entdeckten ihn in einem Keller und schritten zur Verhaftung. Im Besitz des Kauschgifthändlers wurde eine ganze Ladung Kofainpäcken entdeckt, die sich bei den polizeilichen Sachverständigen als die gesuchte und gefürchtete Mischung Kofain-Salzyl-Bor säure entpuppte.

Der Verhaftete redete sich bei seinem Verhör daraufhin hinaus, daß die Nachfrage seiner Kundschaft seine geschäftlichen Möglichkeiten übergriffen habe. Um die leidenschaftlich um ihr Betäubungsmittel bittenden Koffer befriedigen zu können habe er diese „Streikware“ in den Verkehr gebracht. Es sei unmöglich, die Mengen des reinen Kofains, die verlangt würden überhaupt herbeizuschaffen.

Wie die Kauschgiftexperten der Polizei mitteilen, sind die Schwierigkeiten der Händler auf die energische Arbeit der amtlichen Kauschgiftbekämpfung zurückzuführen. Der internationale Kofainmuggel hat seit etwa neun Monaten eine ganz erhebliche Einschränkung erfahren. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Nachfrage nach Kauschgiften eher zu als abgenommen hat.

Die Händler, die ihre Kundschaft nicht verlieren wollen greifen nun zu dem Mittel, das Gift zu streuen, indem sie ihn irgendwelche billigen und leicht beschaffbaren Stoffe heimlichen Wegs benutzt dazu Kofain, ein verhältnismäßig harmloses Mittel, das man auch als Laie überall erstehen kann. Man greift aber auch, wie es der jetzt verhaftete Händler getan hat, zu Bor säure und Salzyl und gefährdet dadurch die an sich schon zerrüttete Gesundheit seiner Opfer auf die unverantwortlichste und verbrecherischste Weise. Immerhin hat dieses Salzyl-Kofain mit seinen verheerenden Wirkungen das radikale Ergebnis einer Veredelung. Sehr viele Kofainisten werden durch das Risiko, das sie heutzutage mit einem illegalen Kofainkauf eingehen, abgeschreckt werden, weiter zu kosten. Was aber dringend notwendig ist, ist eine verstärkte Kontrolle der Kauschgiftlokale und der herumschweifenden Händler, weil es ja immer noch Laufende und Ubertauende von Unheilbaren gibt, die sich das weiße Gift auf jeden Fall verschaffen werden, selbst wenn es um das Leben geht...

Selbstmorden im Frenzel-Prozess

Im Frenzel-Prozess, in dem die Hauptzeugen noch immer nicht vernommen worden sind, verhandelt die Verteidigung seit Tagen mit dem Vorsitzenden, um die Wiederzulassung der Presse zu erreichen. Landgerichtsdirektor Hellwig mutete der Presse zuerst zu, einen Vertrauensmann zu benennen, der unter Aufsicht des Gerichts sämtliche Blätter bedienen sollte. Dieser Vorstoß wurde natürlich abgelehnt. Dann kam der Vorsitzende auf den merkwürdigen Gedanken, über die Justizpressestelle ein von ihm redigiertes Pressecommuniqué des Gerichts herauszugeben, ein Plan, der aber auch nach kurzer Zeit wieder fallen gelassen wurde. Nun soll eventuell die Presse gegen Ende dieser Woche zugelassen werden — allerdings erst, nachdem die Hauptzeugen vernommen worden sind. (!) Zu gleicher Zeit werden Einzelheiten aus einem vom „Evangelischen Pressedienst“ verhandigen ausführlichen Exposé bekannt, das vor dem Prozess ausgegeben wurde und eine einzige vernichtende Anklage gegen den angeklagten Amtsnachfolger Frenzel darstellt. In diesem Exposé, das man nicht anders als kruppellose Stimmungsmache bezeichnen kann, wird das Pfarrerehepaar Schenk, das bekanntlich in der traurigen Affäre eine recht trübe Rolle gespielt hat, in geradezu enthusiastischer Weise gefeiert. Rechtsanwalt Brandt hat ein Exemplar dieses skandalösen Exposes den Gerichtsakten beigegeben.

Raubmord an einem Kraftwagenführer

In Bad Orb wurde am Donnerstag der Kraftwagenführer Nikolaus Kuhmüsch ermordet. Er hatte in der Raubkämpfe in den Speyerer Gefahren, die sich das Orgele in kämpfenden Hirsche während der gegenwärtigen Hirschbrunft anhören wollten. Solche Fahrten finden gegenwärtig jed Nacht statt. Kuhmüsch war gegen 3 Uhr zurückgekehrt, fuhr dann aber mit einem Mann, der bis jetzt noch nicht ermittelt werden konnte, noch einmal in den Wald. Als der Chauffeur vor dieser Fahrt nicht zurückkehrte, begab sich der Autobesitzer auf die Suche und fand den Kraftwagen in der Nähe des Waldcafes mit brennenden Lichtern und offenen Türen vor. In einer Strohhöhle lag die Leiche des Kuhmüsch. Er hatte eine Schußwunde in die linke Schläfe erhalten, der seinen sofortigen Tod herbeigeführt hatte. Die linke Hand war ihm aus nächster Nähe durchschossen. Die Untersuchung ergab, daß der Chauffeur die Pistole festgehalten und ein verzweifelter Kampf stattgefunden hat. Ueber die Straße lag ein Baumstamm. Die Briefkassette mit mehreren hundert Mark und die Uhr des Ermordeten waren geraubt. Am Tatort lag die Pistole, die der Täter gebraucht hatte.

Reichswehfeldweibel niedergestochen

In Queblinburg wurde in der Nacht zum Donnerstag um eines Vergnügungslokales ein Unterfeldweibel des dortigen Reichswehregiments von unbekanntem Täter überfallen und schwer zugerichtet. Er erhielt mit seinem eigenen Seitengewehr einen gefährlichen Stich in den Rücken, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Polizei ist es bisher noch nicht gelungen, die Täter zu ermitteln.

Halsmann ausgewiesen!

Philipp Halsmann, der nach seiner Begnadigung aus der Strafanstalt Stein in Krems (Oesterreich) entlassen wurde, erhielt von der dortigen Bezirkshauptmannschaft die Mitteilung, daß er aus Oesterreich ausgewiesen sei. Diese jeltame Maßnahme der Bezirkshauptmannschaft muß als ein Kachela der reaktionären Kreise bezeichnet werden, die über die Begnadigung des höchstwahrscheinlich unschuldig verurteilten Juden Halsmann empört sind. Uebrigens paßt diese Ausweisung die in gar keinem Sinn zu dem Begnadigungsakt des Bundespräsidenten steht, vorzüglich in den jehisch-antijehischen Kurs des Kabinetts Baugoin-Starhemberg.

Im Weinsteller ersticht

Auf einem Gut in der Nähe von Carcassonne (Süd-Frankreich) ersticht ein jehzigjähriger Landarbeiter bei dem Versuch ein Werkzeug, das ihm in den Weinsteller gefallen war, zurück zu holen. Auch der Gutsvorwalter, der ihm zu Hilfe eilte, fand in dem mit Kohlen säure angefüllten Raum den Tod.

Die neunzehnjährige Mutter der Ehrenlegion

Das jüngste Mitglied der französischen Ehrenlegion ist eine Frau Bernard-Verley. Sie hat sich nach Ansicht der französischen Regierung durch besonders reichen Kindersegen um ihr Vaterland verdient gemacht. Der Erzbischof von Lille brachte die madere Frau, die unverdorbenen neunzehn Kinder zur Welt brachte, das Kreuz der Ehrenlegion eingehändig an die Frau gestiftet.

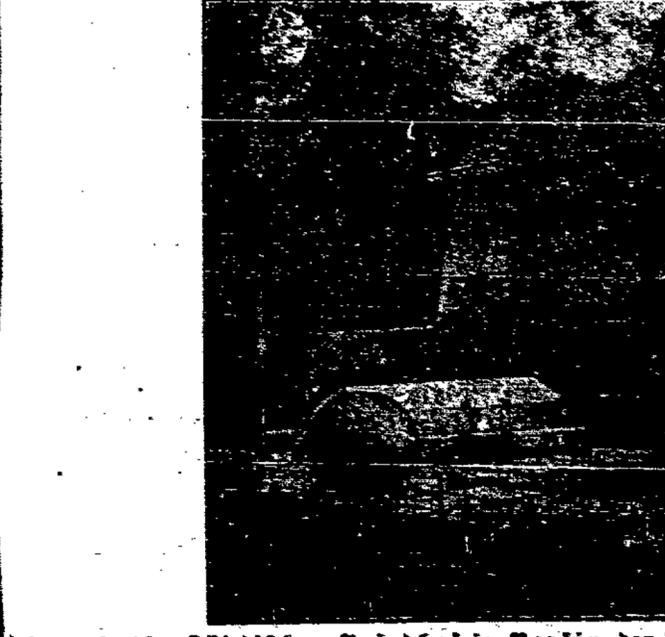
Hauseinfurz in New-York

In der Greenwich-Avenue in New-York kürzte ein vierköpfiges Haus ein. Des Anglück ist die Folge von Ausschachtungen, die zum Zweck eines Neubaus unmittelbar neben dem eingestürzten Haus vorgenommen wurden. Insgesamt drei Personen sind durch niederfallende Hausstrücker verletzt worden. Sechs Personen fanden den Tod, keine konnten schwer verletzt geborgen werden.

Der Hof in Züri

Seit einigen Tagen wird eine weitere Ausbruchstätigkeit des Hofes jehgeklärt. Jählich erfolgen Explosionen, wobei immer neue stehende Ballunmaterial ausgeföhren wird. Der Hof ist jetzt in weit ins Land sichtbar. Eine unmittelbare Gefahr für die Bewohner der Hof-Gemeinden besteht ersichtlichweise nicht.

Das Grabdenkmal Stresemanns



Das Grabdenkmal Stresemanns im Kaiser-Friedhof in Berlin, das von Professor Hugo Lederer geschaffen wurde und am 3. Oktober

— dem ersten Jahrestage des Todes des deutschen Reichskanzlers — im Hofraum einer Gedenkfeier aufgestellt wird.

Politische Nachrichten

Der Stahlhelm gegen Bayerns Regierung

München, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Infolge des in Bayern immer noch bestehenden Verhältnisses des Aufmarsches uniformierter Verbände politischer Charakters wurde dem Stahlhelm die Beteiligung an der Leichenparade des verstorbenen Prinzen Leopold unterzogen. In wütenden Protesten faßt deshalb die Feuilletonale Parteileitung, als die Schirmherrin des Stahlhelms über den Innenminister Stähler her und lehnt für ihre Partei jede politische Verantwortung für die Handlungen der derzeitigen Geschäftsregierung ab. Der Stahlhelm hat unterdessen an Hindenburg telegraphiert, der am Freitag ja an der Beerdigungsfeier, die unter rein militärischem Gepräge vor sich geht, teilnimmt. Im Hinblick auf das Verhalten Hindenburgs gegen die preussische Regierung anlässlich der Rheinland-Befreiungsfeier erhoffen die nationalsozialistischen Kreise, unter denen sich die Nationalsozialisten besonders hervorheben, ein Eingreifen des Reichspräsidenten bei der bayrischen Regierung zugunsten des Stahlhelms.

Grundsteinlegung der Fordfabrik

Köln, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Am Donnerstag wurde in Köln unter dem Beisein von Henry Ford und Oberbürgermeister Adenauer die Grundsteinlegung zur Kraftwagen-Fabrik Ford im Kölner Industriehafen vollzogen. Die Urkunde zur Grundsteinlegung hat folgenden Wortlaut: „Der Gründer der weltumspannenden Fordwerke, Henry Ford, legte den Grundstein zu diesem Werk, das in friedlichem Wettbewerb helfen soll, Brücken zu schlagen von Land zu Land. Köln, den 2. Oktober 1930.“

Bei seinen drei Hammerstößen sagte Henry Ford, er hoffe, daß dieses Werk dem deutschen Volk zum Heile gereichen werde.

Amerika über die Phantastien der Brüningleute

New York, 2. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Der Leitartikel der New Yorker „Times“ beschäftigt sich bei der Besprechung des Brüning'schen Finanzprogramms mit der Stellungnahme der Sozialdemokratie, ohne deren Unterstützung oder Neutralität keine Regierungsmehrheit denkbar ist. Die Sozialdemokratie habe sich schon früher zur Erhaltung der Republik häufig schwere Opfer auferlegt. Es sei daher verständig, über gewisse diktatorische Maßnahmen zu diskutieren, von denen Deutschland genügende Erfahrung mit dem Artikel 48 besitze. Die außerordentlichen Vollmachten des Reichspräsidenten seien ein Verlangen des Reichstages jederzeit rückgängig. Der Reichstag sei der einzige Richter über seine Handlungen. Die Beschränkungen über die geplante unbegrenzte Vertagung des Reichstages seien daher unverständlich. Die einzige Möglichkeit, einen feindseligen Reichstag loszuwerden, wäre ein Staatsstreich, ja selbst ein Hindenburg'scher Staatsstreich. Derartige Vorhaben werden zwar diskutiert, aber das eigentliche Motiv wäre wohl nur eine Vermeidung widerstandsfähiger Parteienführer.

Diese Ausführungen zeigen, mit welcher Mißbilligung die amerikanische Presse die Spiel mit Staatsstreichsideen gesehen wird und welcher Wert auf die Regierungsarbeit der Sozialdemokraten gelegt wird.

Briand mit Pfiffen empfangen

Paris, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Außenminister Briand, der am Donnerstag abend von Genf nach Paris zurückkehrte, ist von wütenden Protesthandlungen der französischen Hebernationalisten empfangen worden. Einige Hundert Säugler der Aktion Française hatten sich auf dem Bahnhof und den ihn umgebenden Straßen eingefunden. Ein kleiner Dupp war sogar auf der letzten Station vor Paris in den Schienen entgegengeschoben. Als Briand den Schienen betrat, ging ein wütendes Pfeifenspektakel los. Einer der Pfeifer rief auf dem Minister los und schrie ihm zu: „Blonder! Du bringst uns in einen neuen Krieg. Du willst uns alle mit deutschem Gas vergiften.“ Die Polizei nahm aber 30 Verhaftungen vor. Gleichzeitig hat der Pariser- und Zeitungsgewaltige Coin die Plakatwälder von Paris mit riesigen Papieren bedeckt, auf denen auch zu lesen stand, daß Briand einen neuen Krieg Deutschlands gegen Frankreich heraufbeschwöre.

Unter dem Vorwand des Präsidenten der Republik findet heute im Palais ein Ministerrat statt, der in der Hauptsache der Verichterhaltung Briands und des Handelsministeriums Gläubig über den Verlauf der Vollerbauabstimmung gewidmet ist. Auch das Datum des Wiederzusammentritts des Parlaments soll endgültig festgelegt werden.

Herriots Eignungsmöglichkeit

Paris, 2. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Zwischen der sozialistischen Stadtratsfraktion in Lyon, die 23 Mitglieder zählt, und dem Bürgermeister der Stadt Herriot ist ein neuer schwerer Konflikt ausgebrochen. In dessen Verlauf die drei sozialistischen Sekretäre der Bürgermeisterei ihre Demission eingereicht haben. Der Grund Herriot war, daß Herriot willkürlich einen neuen Sekretär ernannt hat, ohne die drei Sozialisten zu fragen. Eine große Protestinterpellation, die Anfang nächster Woche durch die sozialistische Stadtratsfraktion eingebracht werden wird, soll die zurechtweisende Lage beheben.

900 Millionen Defizit

Auswirkungen der Kapitalflucht

In ihrem Wirtschafts- und Finanzplan schätzt die Regierung Brüning das Defizit für das laufende Rechnungsjahr auf 750 bis 900 Millionen Mark, wozu 450 bis 600 Millionen Mark auf den Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen entfallen, der Rest auf die Mehrausgaben infolge Arbeitslosigkeit. Die Lasten des Defizits kann nicht überraschen. Schon vor einiger Zeit schätzte das Institut für Konjunkturforschung die Mindereinnahmen auf 410 bis 430 Millionen Mark und die Mehrausgaben auf 225 Millionen Mark. Das war zu einer Zeit, als Deutschland vor den Wahlen stand und die Regierung in Schönfärberei machte.

Berichtigt man die Lasten, daß von den 410 bis 430 Millionen Mindereinnahmen nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung 60 bis 70 Millionen auf die Länderanteile entfallen, also nur 350 bis 360 Millionen auf das Reich, und vergleicht man damit die neue Schätzung der Reichsregierung von 450 bis 600 Millionen Mindereinnahmen für das Reich, dann bleibt doch noch eine Differenz bestehen, die angesichts der kurzen Zeitpanne von kaum einem Monat, die zwischen beiden Schätzungen verfloßen ist, sehr erheblich ist.

Will man aber die ganze Schwere des Rückschlags in den Reichseinnahmen ermessen, dann genügt es nicht, die Mindereinnahmen gegenüber dem Vorschlag zu errechnen, sondern man muß ihnen die Mehreinnahmen hinzufügen, die dem Reich auf Grund der zahlreichen Steuererhöhungen der letzten Monate zufließen. Die Steuer- und Zollerhöhungen seit der Tabaksteuererhöhung vom Dezember vorigen Jahres sind, wenn man ihr Gesamtvermögen im Rechnungsjahr 1930 gegenüber 1929 berücksichtigt, auf etwas über eine Milliarde zu veranschlagen. Dabei ist sowohl das Mehr an Industrieerzeugung unberücksichtigt gelassen, weil es sich dabei um eine rein haushaltstechnische Angelegenheit handelt, als auch das Mehr, das sich aus den zahlreichen Erhöhungen der Agrarzölle ergeben müßte, dessen Höhe aber schwer abzuschätzen ist.

Unter Berücksichtigung dieser Steuer- und Zollerhöhungen ergibt sich also für das Rechnungsjahr 1930 ein Einnahmehausfall von 1500 bis 1600 Millionen für das Reich. Um rund 1 1/2 Milliarden hätte die Wirtschaft in diesem Rechnungsjahr dem Reich weniger gegeben, wenn die steuerliche Belastung relativ auf der früheren Höhe geblieben wäre. Und selbst die Steigerung der Belastung um mehr als 10 Prozent (1 Milliarde von 925 Mill. für das Rechnungsjahr 1929 veranschlagter Einnahmen) vermochte den Ausfall noch nicht aus der Welt zu schaffen, sondern läßt noch 450 bis 600 Millionen Mindereinnahmen ungedeckt.

Wie läßt sich dieser ungeheure Rückgang der Einnahmen erklären? Selbstverständlich spielt dabei die Wirtschaftskrise die ausschlaggebende Rolle. In den vielen unheilvollen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise gehört auch ihre Wirkung auf die Staatsfinanzen. Die kapitalistische Krise führt nicht bloß Millionen Arbeiter und Angestellte in das Elend der Arbeitslosigkeit, sie bringt auch die Finanzen des Staates in Gefahr. Selbst wenn man mit einem fühlbaren Rückgang des Gesamtvermögens der Wirtschaft, also mit einer Senkung des Volkseinkommens infolge der Krise rechnet, so erscheint ein Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen des Reichs um 16 bis 17 Prozent (1500 bis 1600 Millionen von 9300 Millionen) noch immer ungeheuer hoch. Ob es nicht vielleicht neben der Wirtschaftskrise als solcher noch weitere Ursachen für den Einnahmehausfall gibt? Zwei Gründe sind es, die uns veranlassen, diese Frage zu stellen.

Erstens ist der Einnahmerückgang nicht bei allen Steuern gleichmäßig. Wenn man für die ersten fünf Monate des Rechnungsjahres 1930 (April bis August), für die die Einnahmehübersicht vorliegt, alle Einkommensteuern einerseits und alle übrigen Steuern andererseits, soweit in beiden Gruppen bis dahin keine Steuererhöhungen wirksam wurden, zusammenstellt und mit den entsprechenden Steuern des Vorjahres vergleicht, so kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis: Der Ertrag der vergleichbaren Einkommensteuern ist in diesen fünf Monaten gegenüber dem Vorjahr von 1873 auf 1533 Millionen zurückgegangen, also um rund 10 Prozent, der Ertrag der vergleichbaren übrigen Steuern von 1899 auf 1488 Millionen, also um rund 7 Prozent. Die Einkommensteuern sind also in ihrem Ertrag wesentlich härter zurückgegangen als die übrigen Steuern, obwohl diese durch die Arbeitslosigkeit von drei Millionen Menschen betroffen wurden.

Die zweite auffällige Tatsache ist die Höhererhebung des jezt noch zu erwartenden Einnahmehausfalls von 350 bis 360 Millionen auf 450 bis 600 Millionen binnen eines Monats, obwohl es in diesem Monat an der Wirtschaftslage nichts wesentliches verändert hat — außer einer Lockerung des Ausgangs der Reichstagswahlen und ferner wirtschaftlichen Ausprägungen. Und damit gelangen wir zu dem von uns geäußerten Ergebnis: Was nach dem 14. September eingetreten ist, ist ein beachtenswertes Anwachsen der Kapitalflucht, das offenbar die Regierung hartnäckig läßt, das Einnahmehausfallen noch ungezügelter gestalten, als das Institut für Konjunkturforschung angenommen hatte.

Es kann nicht daran gemerkt werden, daß der härtere Einnahmehausfall bei den Einkommensteuern gegenüber den übrigen Steuern ebenfalls wenigstens zu einem großen Teil auf die Kapitalflucht zurückzuführen ist. Ingedachte Zahlen, die Anzeichen auf Kapitalflucht erheben, lassen sich nicht freilich nicht angeben. Denn es ist nicht nur die gesamte Höhe der Kapitalflucht unbekannt, es läßt sich auch nicht angeben, welcher Teil des aus Deutschland geflohenen Kapitals von den Steuerpflichtigen der Einkommensteuern nach richtig angegeben wird und welcher Teil sich der Steuerzahlung in Deutschland vollständig entzieht. Es lassen sich auch darüber keine genaue Angaben machen, in welcher Höhe die Einkommensteuern durch reine Steuerflucht betroffen werden, d. h. durch Vorgänge, bei denen das Kapital zwar in Deutschland bleibt, aber durch Einbringung in ausländische Holdingsgesellschaften oder durch Verpfändung von Gewinnen an ausländische Holdingsgesellschaften von der Besteuerung entzogen. So viel kann aber mit gutem Gewissen gesagt werden: Die Kapital- und Steuerflucht, die sich vom Beginn des Jahres 1929 gegenüber den vorhergehenden Jahren wesentlich gesteigert hat, macht sich bereits

in den Besteuerereingängen bemerkbar, obwohl es bei den zu anliegenden Steuern immer längere Zeit braucht, bis solche Einflüsse im Steuerertrag sichtbar werden. Die bedrohliche Steigerung der Kapitalflucht in den letzten Monaten und Wochen wirkt bereits ihre Schatten auf die Besteuerereingänge der nächsten Monate voraus, so daß sich die Regierung für diese letzten Monate des laufenden Rechnungsjahres zu weiteren Niedrigschätzungen genötigt glaubt.

Ohne Zweifel ist der Finanz- und Wirtschaftsplan der Regierung Brüning von dem Gedanken diktiert, Kapitalflucht entgegenzuwirken. Es handelt hier um psychologische Dinge, die sich schwer einer Schätzung eignen. Besagt werden muß aber folgendes: Wenn sich Kapitalflucht von dem Augenblick gesteigert hat, in dem sich ersten Wollen auf dem politischen Horizont zusammenballten und die politische Beunruhigung zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führte, und wenn die Reichstagswahl eine weitere Steigerung der Kapitalflucht gebracht hat, so läßt sich ein wirksames Mittel gegen die Kapitalflucht sehr leicht finden: die absolute Gewährleistung und Sicherheit des Funktionierens des demokratischen Systems. Ob es freilich ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist, die Verdrängung der Kapitalflucht mit einem Finanzprogramm zu verbinden, das der arbeitenden Bevölkerung die schwersten Opfer zumutet, um den Besitz zu erhalten, ist eine andere Frage, die sich jeder leicht beantworten kann.

Lokomotivbestellungen der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hat einem Projekt zugestimmt, wonach die Reichsbahn Lokomotivindustrie für die nächsten drei Jahre dreihundert Lokomotiven in Auftrag geben wird. Die zunächst fälligen Aufträge für hundert Lokomotiven gelten als Arbeitserhaltungsauftrag und werden durch die Ausgabe von 150 Millionen Mark sechszehnjähriger Reichsbahn-Anleihe finanziert.

Mit dem Beschluß der Reichsbahn-Gesellschaft wird wahrscheinlich eine neue Gruppierung im deutschen Lokomotivbau eingeleitet. Die Kapazität der deutschen Lokomotivindustrie stellt sich auf einige tausend Lokomotiven pro Jahr. Der Hauptauftraggeber, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, bezog aber in den letzten Jahren jährlich zwanzig Lokomotiven. Durch Vierung nach dem Ausland konnte ein Ausgleich nicht erzielt werden. Daher erlitt sich die schlechte Lage der deutschen Lokomotivindustrie. Unter dem Druck der Situation ist die Kapazität abgebaut worden. Die Lage ist immer noch zu groß. Hier dürfte wohl die Gruppierung einsehen. Soweit Berlin in Frage kommt, rechnet man mit dem Auscheiden der AEG und von Drenke & Koppel. Wahrscheinlich werden diese beiden Firmen durch Waggonaufträge bzw. Aufträge auf elektrische Lokomotiven entschädigt. Ob diese beiden Firmen innerhalb einer Neugruppierung der deutschen Lokomotivindustrie als Exporteure auscheiden, steht noch nicht fest.

Ungeklärt ist auch die Lage in Süddeutschland. Hier kommen in München die Firmen Kassel und Krauß in Frage. Die vorliegenden Lokomotivaufträge sind nicht genug, den Beschäftigungsgrad bei den beiden Münchener Firmen befriedigend zu gestalten. Hier müßte eine Verständigung erfolgen. Vorläufig liegt aber der bayrische Staat an der Erhöhung seiner Quote; eine ähnliche Klage dürfte wohl auch in Würtemberg eintreffen. Die Dinge liegen hier anscheinend noch sehr weit von einer zufriedenstellenden Regelung entfernt. Der Auftrag der Reichsbahn ist zu begründen, kann aber die Voraussetzung für eine Gesundung nicht bringen. Die Kapazitätsfrage geht es nicht.

Gelegentlich des Auftrages hat die Reichsbahn-Gesellschaft ein Communiqué herausgegeben, in dem sie auf den Wettbewerb zwischen Eisenbahn und Kraftwagen eingegangen ist. Der zunehmende Wettbewerb des Kraftwagens verringert ständig die laufenden Einnahmen der Reichsbahn im Personenverkehr. Die Sach- und Rechtslage gebe der Reichsbahn-Gesellschaft keine Möglichkeit, die finanziellen Schwierigkeiten aus sich selbst heraus zu überwinden. Mit eigenen Maßnahmen könne sie keinen wirksamen Schutz gegen den unregelmäßigen Kraftwagen-Wettbewerb schaffen, der für die gesamte Wirtschaft immer nachteiliger werde und endlich die Aufrechterhaltung der billigen Rohstofftarife bedrohe. Eine Ordnung im Verhältnis zum Kraftwagen sei nur von gesetzgeberischen Maßnahmen zu erwarten, die durch Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsmittel einem ungesunden Wettbewerb Raum geden.

Kleiner Rückgang des Index

Das Statistische Reichsamt teilt mit: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats September auf 146,9 gegenüber 148,8 im Vormonat. Sie kam um 1,3 v. H. zurück. Ausklickgebend war die Senkung der Ernährungsausgaben. Hier haben vor allem die Preise für Kartoffeln und Gemüse erheblich nachgegeben. Die Preise für die Bekleidungsgegenstände haben ihren Rückgang verflüchtigt fortgesetzt. Die Kosten der Heizung haben infolge Abbaus der Sommerabbate, die Ausgaben für die sonstigen Bedarfe besonders durch die Heraushebung der Personentarife der Reichsbahn erhöht.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100) für Ernährung 141,7, für Wohnung 130,5, für Heizung und Beleuchtung 152,4, für Bekleidung 160,8, für den sonstigen Bedarf einschließlich Verkehr 195,5.

KAISER'S KAFFEE-GESCHAFT

KAISER'S JUBILÄUMS-KAFFEE-SORTEN

DIE PREISWERTESTEN UND QUALITÄTSREICHSTEN

Mk. 2.40 3.00 3.60 4.00 dPfd.

KAISER'S TEE feine aromatische Ceylon-Jubiläums-Mischung 50 gr Paket Mk. 0.75

<p>Kaiser's Jubiläums-Vollkorn-Schokolade 100 gr Tafel 50 Pfg.</p> <p>Kaiser's Jubiläums-Schokolade Marke „Jubiläum“ (feinste Qualität) 100 gr Tafel 50 Pfg.</p> <p>Kaiser's Jubiläums-Schokolade Drei 100 gr Tafeln (Schokolade, Vollkorn, Milch) Qualitätswort Mk. 1.25</p>	<p>Kaiser's Jubiläums-Füllkorn Schokolade 250 gr Pack. Mk. 2.00</p> <p>Kaiser's Jubiläums-Erdbeere-Kakao 250 gr Pack. Mk. 1.00</p> <p>Kaiser's Jubiläums-Schokoladenpulver 250 gr Pack. Mk. 0.70</p> <p>Kaiser's Jubiläums-Gebäck in Schokolade 250 gr Pack. Mk. 1.00</p>
---	---

5% RABATT
IN MARKEN
AUF ALLE WAREN
(KAISER ZUCKER)

Über 1000 Filialen

Filialen:
Bahnhofstraße 12
Frankfurter Straße 111

Frankfurter Str. 175/77
Friedrich-Wilhelm-Str. 33
Gartenstraße 15

Gelbener Straße 24
Hohenzollernstr. 67/3
Hohenzollernstr. 57

Klosterstraße 235
Mühlentorstraße 66
Mühlentorstraße 165

Michaelstraße 39/41
Obdankstraße 28
Ring 57

Sandstraße 15
Schönbürger Straße 19
Viktoriastraße 121

Tagung des Deutschen Baugewerksbundes

Frankfurt a. M., 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Auf der Generalversammlung des Baugewerksbundes übte Sekretär Peter Rosenzweig-Berlin in einem Referat über Arbeitsrecht scharfe Kritik an dem Arbeitsgerichtsgesetz. Der Grundgedanke des Gesetzes, die Verfahren zu beschleunigen, sei bisher ungenügend erfüllt. Der Referent gab eine Uebersicht über die Rechtschuldsfähigkeit des Verbandes und wandte sich gegen die Versuche des Reichsarbeitsgerichts, Arbeitnehmer für das Betriebsrisiko mitverantwortlich zu machen.

Wie richtig der Referent Rosenzweig die Schäden aufzeigte, wies die Diskussion. Es wurden sehr viele Klagen über die soziale Rechtsprechung laut. Der Bundesvorsitzende Bernhard unterstrich die Bedeutung des Arbeitsrechts für die Bauarbeiter. Für die gewerkschaftliche Alltagsarbeit hätten die tariflichen Forderungen große Wichtigkeit. Wenn wir mit der Schlichtungs-Kommission unzufrieden seien, so deshalb, weil dort auf der Unternehmenseite der berühmte Synodus sein Unwesen treibt. Verengstrenge sei notwendig; aber wenn es sich um einen Eingriff auf den Menschen im Arbeiter handle, werden wir mit allen gewerkschaftlichen Mitteln das Recht des Menschen verteidigen. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Bundestag stellt mit Bedauern fest, daß die Rechtsprechung sich mehr und mehr von den in der Reichsverfassung und in den arbeitsrechtlichen Gesetzen niedergelegten Grundsätzen entfernt. Das Reichsarbeitsgericht hat bedauerlicherweise unter Annahme einer in der kapitalistischen Wirtschaftsform nicht vorhandenen Betriebsverbundenheit das Betriebsrisiko dem Unternehmer auf den rechtsuchenden Arbeiter abgewälzt. Damit hat die höchste arbeitsgerichtliche Instanz dem Abbau der Tarifhöhe die Wege geebnet. Einzelne Entschädigungen über den Geltungsbereich der baugewerblichen Tarife wirken sich aus als unberechtigter Eingriff in das autonome Tarifrecht der baugewerblichen Vertragsparteien. Der Bundestag erwartet, daß man sich in der Rechtsprechung wieder darauf befinnt, daß das Ziel des Arbeitsrechts die Förderung der sozialen Freiheit des arbeitenden Menschen ist. Der Bundestag stellt fest, daß die Durchführung eines Prozesses vor dem Arbeitsgericht bis zum Reichsarbeitsgericht regelmäßig mehr als ein Jahr in Anspruch nimmt. Er ersucht die Reichsregierung, auf eine Beschleunigung des Verfahrens vor den arbeitsgerichtlichen Instanzen hinzuwirken. Nach amtlichen Feststellungen haben im Jahre 1929 von insgesamt 527 Arbeitsgerichten 100, im Jahre 1928 108 weniger als 50 Streitfälle erledigt. Die Herabsetzung der Zahl der Arbeitsgerichte, namentlich in Süddeutschland, hält der Bundestag für dringend erforderlich, weil dadurch die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefördert und der Gang des Verfahrens beschleunigt würde.“

Zur Gesetzgebung wurde eine Entschließung angenommen, worin es heißt:

Der Bundestag erwartet, daß das künftige Berufs-Ausbildungsgesetz den Normen des Reichs- und Landesrechts entspricht. Der § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes, der den rechtlichen Lehrling an einen bei der Junung zu errichtenden Ausschuss verweist, bedeutet einen prozessualen Ausnahmezustand. Die Aufhebung des § 111 hält der Bundestag für dringend erforderlich. Angesichts der Tatsache, daß den Bauarbeitern jährlich Hunderttausende von Mark an Lohn verloren gehen, ersucht der Bundestag die Reichsregierung um beschleunigte gesetzgeberische Maßnahmen zur Sicherung der Bauarbeiterlöhne bei zahlungsunfähigen Unternehmern. Eine Aenderung des § 77 des Gerichtsorganisationsgesetzes dahingehend, daß in Arbeitsgerichtsprozessen obliegende Arbeitnehmer als Zweitschuldner von der Tragung der Gerichtskosten befreit werden, hält der Bundestag für dringend erforderlich.

Den Bauarbeiterjuch behandelte Wüst-Berlin. Er untersuchte zunächst die Ursachen der vielen Bauunfälle und sieht sie in der Verkürzung der Bauzeit, der Einführung der Maschinen im Baugewerbe und in der Affordzeit. Die grundsätzliche Forderung, die Kontrolleure aus den Kreisen der Arbeiter zu entnehmen, werde nur wenig beachtet. Scharf wandte sich der Referent dagegen, daß Gerüste im Afford aufgestellt werden, wie das besonders noch in Berlin geschieht. Hastig aufgestellte Gerüste vergrößern die Unfallgefahr. Die Parole für jeden Bauarbeiter muß in erster Linie Sicherheit sein. Der interessante Vortrag wurde durch zahlreiche Lichtbilder ergänzt, in denen an mangelhaften Gerüsten gezeigt wurde, wie durch sie Unfälle hervorgerufen, an modernen Gerüsten aber nachgewiesen wurde, wie Bauunfällen vorgebeugt werden kann.

Vorsitzender Bernhard gab dann noch Kenntnis von einem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums, das vom 29. September datiert und der Bundesleitung von

Berlin nach Frankfurt nachgeschickt wurde. Das Ministerium dankt für die Einladung, bedauert aber, ihr nicht Folge leisten zu können. Es sei auch nicht möglich gewesen, einen Vertreter zu entsenden. Der Vorsitzende bemerkt dazu, es sei auffällig, daß das Ministerium erst am 29. September sich über eine Einladung schlüssig würde, die schon wochenlang in seinen Händen sei. Auf den von den Unternehmern einberufenen Tagungen sei das Reichsarbeitsministerium, stets vertreten gewesen. Die Bauarbeiter würden sich aber auch mit dieser Kränkung abfinden.

Zwangsschlichter für Berlin

Das Reichsarbeitsministerium konstruiert den besonderen Fall. Das Reichsarbeitsministerium hat in den Berliner Metallkonflikt in einer Weise eingegriffen, die mehr als außergewöhnlich ist. Der Reichsarbeitsminister Siegelwald schaltete den Berliner Wiesel und den Schlichtungsausschussvorsitzenden Körner kurzerhand für die Regelung des Konflikts aus und bestellte in der Person des Vortragenden Rats im Bremer Senat Dr. Böcker einen Zwangsschlichter. Die neuen Verhandlungen sind auf Freitag nachmittag festgesetzt worden.

Die Ursachen des Berliner Metallarbeiterkonflikts gehen auf die Ansicht der Unternehmer zurück, die Löhne um 15 % zu kürzen. Nun liegen die Berliner Metallarbeiterlöhne an sich nicht hoch. Eine Kürzung um 15 Prozent ist eine Unmöglichkeit und dürfte hinsichtlich einer weiteren Drohung der Kaufkraft bedenkliche Folgen haben. Darauf haben die Vertreter der Gewerkschaften hingewiesen. Sie haben weiter eine Verringerung der Arbeitszeit vorgeschlagen, nicht zuletzt mit der Absicht, durch eine solche Regelung Neueinstellungen von Arbeitslosen in den Betrieben vornehmen zu können. Auf Grund des Vorschlags der Gewerkschaften hätte sich zweifellos eine Verständigung finden können. Diese Verständigung ist von den Berliner Metallindustriellen abgelehnt worden. Man muß konstatieren, daß die Berliner Metallindustriellen es an gutem Willen haben fehlen lassen. Sie scheinen den gegenwärtigen Konflikt als grundsätzliche Angelegenheit aufzufassen und haben ja in den bisherigen Verhandlungen klar und deutlich erklärt, daß der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie um 15 Prozent das Signal für einen allgemeinen Lohnabbau im Reich sein soll. Wenn man sich auf diesen Standpunkt stellt, ist eben eine Verständigung nicht möglich.

Duften! reine Wäsche durch Sunlicht Seife!

SS 9/79

Das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums soll — man kann die Situation nicht anders beurteilen — Hindernisse hinwegräumen, die der Vermittlung der Unternehmerabläufen im Wege stehen. Unter dem Berliner Schlichter Rudolf Wiesel, dem Reichsarbeitsminister im Kabinett Hermann Müller und dem Schlichtungsausschussvorsitzenden Körner ging die Praxis dahin, die bestehenden Lohnsätze ohne Aenderung zu verlängern. Wenn man bedenkt, daß gerade die Affordverdienste in der Berliner Metallindustrie auf die Tarifgrenze zurückgedrängt worden sind, was einen ganz beträchtlichen Lohnabbau bedeutet, muß man sagen, daß weitere Konzessionen nicht gemacht werden konnten. Das genügt aber den Berliner Unternehmern nicht. Sie wollen mit der Praxis der bloßen Tarifverlängerung aufräumen und haben im Reichsarbeitsministerium die Feststellung des Sonderpflichters erreicht. Böcker hat in der Metallindustrie bereits mehrere Schlichtungsverhandlungen durchgeführt. Auch das Schlichtungsverfahren im letzten Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde von ihm geleitet. Die kommenden Verhandlungen, die, wie gesagt, auf Freitag nachmittag festgesetzt sind, werden ergeben, inwieweit Dr. Böcker den Berliner Metallindustriellen ein angenehmer Mann sein wird.

Das Eingreifen des Reichsarbeitsministers, der Führer der

christlichen Gewerkschaften ist, hat in weiten Kreisen, nicht nur der Gewerkschaften, großes Aufsehen erregt. Nach der Schlichtungsordnung (§ 1, Absatz 2) ist die Bestellung eines Sonderpflichters möglich. In der Praxis ist dieser Fall, soweit wir uns entsinnen können, noch nicht vorgekommen. Nach der Schlichtungsordnung muß, wenn man zur Bestellung eines Sonderpflichters übergeht, ein besonderer Fall vorliegen. Das läßt sich für den Berliner Konflikt nicht sagen. Die Vermutung liegt also nahe, daß der „besondere Fall“ in der Bestellung des Zwangsschlichters erst konstruiert werden soll. Man will den Lohnabbau in Berlin durchsetzen, um die Marschroute für das Reich anzugeben. Das ist der Sinn des Eingreifens des Reichsarbeitsministeriums in den Berliner Metallkonflikt.

Neben der großen Auseinandersetzung über den 15prozentigen Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie gehen Verhandlungen der Berliner Metallindustriellen in den einzelnen Sparten, zu einer Lohnkürzung zu kommen. So verläuft z. B. der Schlichterband der Berliner Schlosserei in der Verhandlung eine Lohnherabsetzung um 20 und mehr Prozent herabzubringen. Der entsprechende Tarif ist am 30. September abgelaufen. Mit dem 1. Oktober verlangte der Schlichterband, daß sich die Gewerkschaften mit einer Lohnherabsetzung, ohne Rücksicht auf die kommenden Verhandlungen, einverstanden erklären sollten. Es sollte sich um vorläufige Abmachungen handeln, die später dem Ergebnis der kommenden Verhandlungen angepaßt würden. Die Gewerkschaften schritten darauf zur Streikabsimmung. Das hatte zur Folge, daß zu dem alten Tarif weitergearbeitet wird.

Die Arbeiterentlassungen im Ruhrbergbau

Nach den letzten Feststellungen sind im Ruhrbergbau vom 1. Januar bis 1. September 65 038 Bergarbeiter entlassen worden. Gleichzeitig wurden nicht weniger als 6 947 000 Feiertage eingelegt. Rechnet man die Schicht mit einem Durchschnittslohn von 9 Mark, so ist allein durch die Feiertage ein Lohnausfall von 62,5 Millionen Mark entstanden; auf den Kopf der Belegschaft umgerechnet macht das 208 Mark aus. Dazu kommt noch der Lohnausfall bei den 65 000 Entlassenen. Diese Zahlen beleuchten deutlich, wie sehr es der Ruhrbergbau verstanden hat, das Risiko der Wirtschaftskrisis auf den Arbeiter abzuwälzen.

Wie sehr sich ein solcher Lohnausfall im Herabfallen des Lebensstandards auswirken muß, ergibt sich daraus, daß selbst ein voller Verdienst im Monat nicht ausreicht, einen Bergarbeiterhaushalt schuldenfrei zu halten, ohne den Verbrauch an Lebensmitteln aufs empfindlichste einzukürzen. Es heißt ein gefährliches Spiel mit der Geduld der Bergarbeiter treiben, wenn der Fehdenverband heute noch daran denkt, die Löhne abzubauen.

Hungerpeitsche gegen die Angestellten

Nach dem die Direktion der Jungheins A. G., Abteilung Freiburg i. Schl., die ungeheure Wirtschaftskrise mit einem gewissen Erfolg zum Lohnbruch gegen die Arbeiter ausgenutzt hat, unternimmt sie jetzt einen gleichartigen Vorstoß gegen die kaufmännischen und technischen Angestellten. Am Quartalsende wurde dem Personal bei der Gehaltszahlung ein Kündigungs schreiben überreicht, das dahin lautet, daß das Vertragsverhältnis für den 1. Januar für den 1. April 1931 aufgelöst wird. Die Direktion erklärte, daß sie nach Ablauf der Kündigungszeit eine anderweitige Regelung der Gehälter nämlich eine Kürzung vornehmen werde, wenn es bis zu diesem Zeitpunkt nicht zu einer tariflichen Regelung zwischen den Vertragsparteien kommt. Um den Boden für die einschlägigen Maßnahmen der Firma vorzubereiten, und die Angestellten dem Willen der Direktion gefügig zu machen, droht man in verkürzter Form mit schärferen Maßnahmen. Im Hintergrund läßt man das Gespenst der Entlassung drohen und zwar nach dem Urteil der Unterrichteten zu dem Zweck, um auf diese Weise eventuell einen Gehaltsabbau zu erzwingen. Es ist dies die gleiche Unternehmervöllerei, die die Scharfmacher im deutschen Unternehmertum seit einiger Zeit anwenden.

Umfangreiche Entlassungen bei den Vereinigten Stahlwerken

Die überaus schlechte Abfalllage hat die Bergbauabteilung Gellertschens der Vereinigten Stahlwerke A.-G. veranlaßt, zum 1. November umfangreiche Kündigungen vorzunehmen. Von den Kündigungen werden insgesamt 2600 Bergleute betroffen, die sich auf die Zechen Nordstern, Graf Nolke, Holland, Pluto, Stahlverein, Rhein-Elbe-Alma und Bonifatius verteilen.

Flasche der Kommunazis

Die von kommunistischer und nationalsozialistischer Seite für den 2. Oktober geplante Stilllegung der Berliner Verkehrsberriebe ist völlig gescheitert. Der Verkehr erleidet nicht die mindeste Beeinträchtigung.

Erfahrene Hausfrauen braten mit der ausgiebigen Rama!



Warum? Weil der Braten mit Rama ohne großen Aufwand köstlich gerät. Gleich beim Anbraten merken Sie, wie ergiebig Rama ist und wie wunderschön sie bräunt. Und dann — sie spritzt gar nicht infolge ihres außerordentlichen Fettreichtums. Mischen Sie Rama Margarine keine anderen Fette bei! Lassen Sie Ihr das reine, frische Aroma, das den Braten so besonders wohlschmeckend und lecker macht — so daß er Ihrer Kochkunst zur Ehre gereicht.

Radikaler Preisabbau

Damen-Mäntel
Preise, die sich nirgends finden

Velour, die große neue Farbe mit großer Kragen, ganz auf 36.-, 32.-, 28.-, 24.-, 20.-

Ottomane, beste Qualität z. T. auf Steppplättchen, Kragen 38.-, 35.-, 32.-, 28.-, 24.-, 20.-

Mädchen-Mäntel aus besten Materialien, mit einer Probe

Strickwesten u. Pullover, größte Auswahl, weit über Preis!

Bekleidungslehre

G. Chelmoswicz

Nur Teichstraße 27/28
Kein Laden!



Goldene Leanneinge

fugenlos, Gravierung gratis

Stadtbekannt billigste Preise

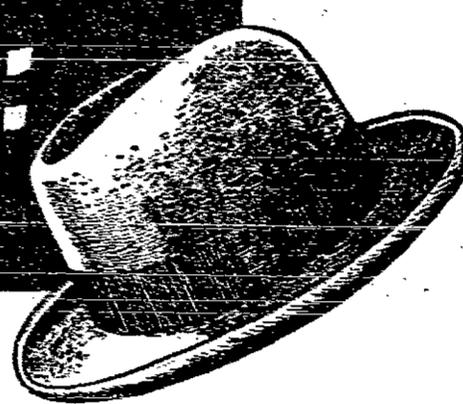
Größtes Lager, auch in Uhren und Geschenkartikeln

Für streng reelle Bedienung bürgt das 45 jähr. Bestehen meiner Firma

Albert Möwius
Schmiedebrücke 56

Telefon 27481
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur in der Schmiedebrücke

Das können wir!



Dieser flotte rauhaarige **Wollfilz-Hut 3.90** mit Rollrand in verschiedenen Modefarben kostet nur **Der gleiche Hut ist auch mit Flachrand vorrätig!**

„Eilag“ unsere Hausmarke Flachrand evtl. auch als Glocke zu tragen, neuherbstfarben
„Velvet“ deutscher Velour, bewährte Qualität, moderne Farben, biangrau u. braun
„Rauhhaar“ mit Flach- und Rollrand, feinste Qualität und die schönsten Farben

6.50 6.50 10.90
Bitte beachten Sie unser Spezialfenster!

THETZ
LEINHARDT & AKTEN-GESELLSCHAFT
Breslau, Ohlauer Straße 71-73
Zahlungserleichterung durch Kunden-Kredit G.m.b.H.

Preisabbau
ist das Schlagwort im Tempo der Zeit.
Ich darf es für mich in Anspruch nehmen, daß ich für billige Preise, bei nur anerkannt guten Qualitäten, stets die denkbar allergrößten Vorteile biete. Aus diesem Grunde führe ich meine Preisauszeichnungen stets mit größter Sorgfalt durch. — Fräuen Sie deshalb regelmäßig vor jedem Einkauf meine Auslagen. Sie werden immer wieder feststellen, wie billig und gut Sie bei mir Ihren Bedarf in Lebens- und Feinbrotartikeln decken können. — Bei
Max Schönfelder
Breslau 1, Albrechtstraße 20
laden, verhängt besten und sparsamsten Einkauf.
NF Versandt überall hin. Tel.

Freitag - Sonnabend



Backfisch-Waschsamt-Kleid, viele moderne, lebhoft. Farben, m. Seidenschulterstreifen, Stück 9.50
Popeline-Frauen-Kleid, ähnlich wie Abbild., in haltbar. Qualität u. versch. mod. Farb., Stück 9.50
Charmeuse-Damen-Kleid in sehr schön. kunstseidener Qualität, Stück 12.50
Damen-Kleid ähnlich wie Abbild., aus gutem Popeline in vielen modernen Farben, Stück 14.50
Frauen-Winter-Mantel, elegant gemustert in warmer Qual. brauner Farbenton, 24

Damen-Kleider

Hauskleider aus warmen Velouren und Schottenstoffen, Stück 6.90 **4.95**
Popeline-Backfisch-Kleider Wolle, reine Wolle, hübsche Verarbeitung, Stück 9.50, 7.50 **5.90**
Tweedkleider in verschiedenart. Machart, Stück 12.50, 9.50 **8.50**
Waschsamt-Kleider bedruckt, für Backfische und Damen, in bildschönen Mustern u. Farben, 16.50, 12.50 **9.50**
Frauen-Kleider Popeline und Ripsepopeline, 19.50, 14.50 **9.50**
Damen-Kleider elegant, reine Wolle, a. Ripsepopeline, Popeline, Crêpe Caillé, Wollgeorgett, 29.50, 24.50 **17.50**
Damen-Seidenkleider aus Flamengo, Velourina, Crêpe Marocaine usw., 39.-, 33.- **27.00**



Gute und beste jugendliche Damen- und Frauen-**Blusen**

aus warmen, feingest. Blusenstoff, Velour, Charmeuse Popeline, Waschsamt usw., je nach Qualität und Ausführung, Stück 5.95, 4.95, 3.95, 2.95 **2.45**

Relz. Eollenne-Taschkeld, gute Qual. schön. Balfarben. **9.50**

Damen-Mäntel

Backfisch-Mäntel aus gutem weichen Herbst- und Winterstoff, Stück 15.50 **13.50**
Damen- u. Frauen-Mäntel Stück 29.-, 27.-, 24.50 **19.50**
Ottomane-Backfisch-Mäntel Stück 22.50, 19.50 **14.50**
Ottomane-Frauen-Mäntel ganz gefüttert, Stück 39.-, 33.- **27.00**

Bildschöne gute **Kinder-Bekleidung**



Mädchen-Schulden-Kleid, reine Woll, Abt., mit langem Arm, für 5 bis 14 Jahre 3.50
Mädchen-Kleid, reine Woll, Abt., a. Crêpe-Caillé, für 5 bis 14 Jahre 6.95
Mädchen-Wintermantel, engl. gem. Flanell, für 5-14 Jahre 12.50, 1.50 für 3 Jahre 10.50, 7.75
Knaben-Mantel, für 3-14 Jahre 8.50
Knaben-Sport-Anzug, in Saite u. Fell, für 3 Jahre 8.
Steigerung 10.
Steigerung 10.
Steigerung 10.
Steigerung 10.

Zuka 2000 Stück
Mädchen, hochmoderne, jugendl. Damen- und Frauen-
Fitz- und Fantaste-Müte
in kleiner, mittlerer und großer Glocken, Kappen, Flapper
2.50 2.90 4.25 4.90 5.50



MESSOW
G.m. b.H.
WALDSCHMIDT

Ke ist immer noch so billig!
Schwammkuch 75
Schnitten und Schokolen 80
Linsenleib 85
Pfeifer Speck 88
Käsespeck 90
Ausges. Schokolade 1.00
Schokoladen (gemischt) 1.00
Schokoladen ohne 1.10-1.20
Spezialität: Kausch u. Zerkel 35 Pf.
Nur bei **W. Land jr.**
Lehrgrabenstraße Nr. 2

Lederjacken
48.- 58.-
Gebr. Tischler
Spezialgeschäft
Gartenstraße 37
Alte Tauschenstr.
Reparaturen

Leberabilder
erzählt von **Willy Coha**
Wilhelm Liebknecht
Mit 1 Bildnis
Volksbuch

Preis-Abbau
Ist die Devise unserer Zeit!
Vergleichen Sie meine Preise!
Herren-Winter-Üstler in den modernsten Farben, zum Teil auf K. Seite 20.-
Paletots mit Sa. mittragen, auf K. Seite 23.-
Herren-Anzüge in guten Kammergarn-Qualitäten, zum Teil auf K. Seite 29.-
Spezialhaus für mod. Herren-Schleim
Eugen Hamburger
Teichstraße 31.

Wagner Feinkost, Fleisch, Wurstwaren
Schinken 1.20-1.30
Schinkenhälften 1.40-1.50
Schinken mit Knochen 1.50-1.60
Schinken ohne Knochen 1.60-1.70
Frischer Speck 1.80
Käsespeck 1.90
Ausges. Schokolade 2.00
Schokoladen (gemischt) 2.10
Schokoladen ohne 2.20
Spezialität: Kausch u. Zerkel 35 Pf.
Nur bei **W. Land jr.**
Lehrgrabenstraße Nr. 2

Die Frauen Polens auf den Barricaden für die Demokratie

In den Kampf um die Demokratie in Polen sind nicht die Arbeiter, Bauern und die fortschrittliche Intelligenz allein, sondern auch die Frauen. Sie haben nicht nur zu senden den von der Linksoption einberufenen Kongress Krakau am 29. Juni dieses Jahres trotz Strapazen und Gefahren der verschiedensten Behörden besucht, sondern stellten auch am 14. September bei den Protestkundgebungen in die erste Front. Um das gewalttätige Auflösen der Demonstrationen durch die bis an die Zähne bewaffnete Polizei zu verhindern, haben sie sich an die Spitze der Märsche gestellt. Ruchlos wurde von der Polizei Gummiknüppel, Pfeifflinten und Handgranaten angewendet. Unter den Opfern polnischer schwarzer Sonntags vom 14. September mit den Toten, hundert Verletzten und tausend Verhafteten sind Frauen gewesen. Unter den Warschauer verletzten Frauen auch die Genossin J. J. Zielinska, die eine führende Rolle der Warschauer sozialistischen Frauenorganisation der P. S. P. und Mitglied der Frauensektion des Hauptparteiorgans sind. In dem die polnischen Ordnungshüter auf die Genossin Zielinska eingehauen haben, haben sie eine nahe Verwandte der Frau des derzeitigen polnischen Staatspräsidenten verletzt. Das ist für sie eine große Sache und dürfte zumindestens im Hause Milobski und bei, sowie im Warschauer Polizeipräsidium einige lange Nächte gegeben haben.

Ihre besondere Mut aber haben die Diktatorhelfer in Form und Zivil, von Polizei und Gericht an der Frau J. J. Kosmowka, Abgeordnete für die Bauernpartei „Kosmowka“ ausgelassen. („Kosmowka“ ist neben den Komunisten die radikalste polnische Bauernpartei, mit einem entschieden antiliterarischen Einschlag. Sie ist die engste Verbündete der Sozialisten.) Irene Kosmowka, eine nicht mehr junge Frau, hat am 14. September auf der Lubliner Kundgebung von und Pilsudski als einen Menschen dargestellt, „von dem man den Eindruck eines Irren hat.“ Gegen Frau Kosmowka wurde nun auch das Kraftbewußtsein der Diktatur demonstriert, indem man sie verhaftete. Die humanere Behandlung, vielleicht ein Akt männlicher Ritterlichkeit, die man im Gegensatz zu den Verhafteten vom 9. zum 10. September zu werden ließ, besteht darin, daß man ihr bald den Prozeß machte und sofort die Anklage feststellte. Für die übrigen Verletzten, die sich in einer verzweifelten Situation in dem durch die durch verwanzten Festungsgefängnis zu Brest-Litowsk befinden, ist das Anklagedokument zur Stunde noch nicht fertig. Frau Kosmowka wurde am 14. September verhaftet und am 19. September war schon der Prozeß, der von 10 Uhr morgens in die späte Nacht dauerte. Die ganze Stadt geriet durch Prozeß in Bewegung. Eine große Volksmenge fand sich Lubliner Landgericht ein, um die von einer starken unbewaffneten Polizeieskorte transportierte Gefangene zu begleiten. In der Anklageakte wird sie der Nichtachtung der Staatsbehörden (Pilsudski als Regierungschef und seiner Regierung) als schuldig erklärt.

Aus ihrer Erklärung zu der Anklage ersehen wir, daß man mit einer sehr gebildeten Frau zu tun hat, die für Polens Abhängigkeit während des Jarats und für die Kulturbreitung im Volk Hervorragendes geleistet hat. Seit ihrer besten Jugend betätigt sie sich auf dem Gebiet der Kulturarbeit. Von 1905 bis 1910 war sie Leiterin einer geheimen polnischen Schule für Lehrerinnen in Warschau. Gleichzeitig betätigte sie als Sekretärin einer Warschauer Bauernvereinigung. Im Jahre 1910 gründete sie in Krasinin eine landwirtschaftliche Schule, in der alljährlich eine große Anzahl polnischer Mädchen zu guten Wirtschaftserinnen mit hohem patriotischem Empfinden ausgebildet wurden. Für diese geheime Bildungsarbeit ist sie von den russischen Behörden verfolgt worden. Als Krieg ausbrach, warb sie unter den polnischen Bauernmännern Eintritt in die von Pilsudski geführten — aber nicht organisierten — polnischen Legionen. Persönlich half sie vielen polnischen Soldaten die russische Armee zu verlassen und sich über die Grenze zu den polnischen Waffengefährten bei den Legionen durchzuschlagen. Bei dieser Hilfeleistung ist sie von Russen erwischt worden und mußte 11 Monate im Gefängnis zubringen. Bis zum Scheitern der russischen Revolution hielt man sie in Rußland, wo sie in Petersburg der Bildungsarbeit unter den dort lebenden Polen widmete. Nach der Revolution kehrte sie nach Polen zurück. Die Bauernwähler wählten sie dann in alle bisherigen drei Parlamente nach Warschau.

Diese Verdienste fanden jedoch vor den Justizfals des Pilsudskiregimes keine Beachtung. Alle vortrefflichen Bemühungen der Verteidiger, die Anklage zu widerlegen, scheiterten ebenfalls. Ist die Feststellung der Verteidigung der Nichtübereinstimmung des Datums der Anklage mit dem der Zeugenvernehmung, die Anfertigung derselben, änderten nicht die Haltung des Gerichts. Frau Kosmowka wurde selbst entgegen den Aussagen der Mitglieder und Anhänger der Regierungspartei, die als Augenzeugen und Ausgänger, daß sie in ihren Reden von Pilsudski als Privatmann sprach, verurteilt. Das Urteil lautet sechs Monate Gefängnis. Der Antrag der Verteidigung Kosmowka gegen Kautionsfreizustellen, wurde vom Gericht abgelehnt. Gleichzeitig wurde der Antrag abgelehnt, die Angeklagte aus der Preventionshaft zu entlassen. Das Gericht entschied, daß sie ins Ausland flüchtet und „von dort aus Schaden könnte.“ Das Urteil rief in der Stadt große Erregung hervor, sodaß in der Nacht ein großes Polizeiaufgebot zusammengezogen wurde, um eventuelle Aktionen der Bevölkerung zu unterdrücken. Gegen das Urteil selbst hat die Angeklagte Berufung eingelegt. Die Verhandlung wird in der zweiten Woche in Lublin stattfinden.

Die Angelegenheit der Frau Kosmowka hat die öffentliche Meinung ganz Polens in Bewegung gebracht. Sie betrifft selbst die Pilsudski-Anhänger unannehmlichkeiten. Es mußte sogar die Regierungspartei, die „Gazeta Polska“ vom 19. September dieses Jahres die Verdienste der Frau anerkennen. Das Blatt äußert aber sein Gewissen mit der Forderung, daß man diese Verdienste und ihre Anerkennung nicht als Vorwand benutzt, um gegen die den ungelassenen Kampf gegen die Regierung im erregten Polen zu führen.“ Das Blatt stellt fest, daß die Anklage sich an einer Aktion der Opposition, die die politische Atmosphäre vergiftet, beteiligt hat und daß man nicht ungefragt Maßnahmen gegen Pilsudski und seine Regierung ausstoßen darf.

Man wird das Urteil über Pilsudski gesprochen, der nicht ein Verlierer, ein Bürger, der nicht als Privatmann, sondern „der höchste Staatsfaktor“ das ganze Volk schmückt, indem er als das „Kost der Diktatur“ bezeichnet. Man wird das Urteil über diesen „überhandhabenden Gernegroß“, der Polens politischen und einzigen Staatsmann, den Sozialisten Danczinski als „Karren“ bezeichnet hat, nicht abgeben? Es ist heute noch nicht abzusehen, wann die herrschende Demokratie in Polen Pilsudski, der dem Ansehen Polens so wie die Potocki und Danowski geschadet, den Prozeß machen wird. Aber sicher ist, daß der Fall Kosmowka in diesem Gerichtsverfahren für Pilsudski und sein Regime eine schwere Belastung wird. Bruno Widera.

Die Frau im Frühkapitalismus

Die große Geschichte der Frauenarbeit soll noch geschrieben werden. Sie wird ein Buch sein, das erzählt vom heroischen Kampfe der Frau gegen unwürdige Arbeit und für ihr Recht auf Arbeit, ein Werk, voll von Leiden und Unterdrückung, voll Anklage gegen die verschiedensten Wirtschaftssysteme und von Versuchen der Befreiung aus beengenden Traditionen und mannigfachen Vorurteilen. Das schlimmste Kapitel aber würde die Frauenarbeit im Frühkapitalismus sein. Denn der junge Kapitalismus, der „aus allen Poren blut- und schmutztriefend“ zur Welt kam, verschonte weder Mann noch Frau und Kind. Und gerade die Arbeit der Frauen und Kinder war es, die er zum raschen Emporkommen der Profitrate brauchte und darum in der allerbrutalsten Weise in sein Spitzeln zwang.

Der Kapitalismus hat in all seinen verschiedenen Epochen weder nach einem Recht der Frau auf Arbeit gefragt noch irgendwelche Art von Frauenarbeit als „unwürdig“ empfunden. Wenn er Arbeitsträfte brauchte, so hat er die „Hände“ der Frauen trotz aller ethischen Lehren seiner Ideologie und aller Phrasen von der „Heiligkeit der Familie“ nicht verschmäht. Und „Hände“ brauchte der junge, aufstrebende Kapitalismus in Ueberzahl. Es ist ein trauriges Kapitel der Dialektik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß die erste Möglichkeit der Befreiung der Frau aus jahrhundertelanger Knechtschaft durch wirtschaftliche Selbst-

Im Herbst

Siehst du der Buchen goldblühenden Brand
In scheidernder Sonne gehen durchs Land?
Siehst du die Nebel im Tale steigen
Und Blätter rieseln aus müden Zweigen?
Es trauern und ähnen die Entweygen
Und schwer an Frucht die Schenken tragen.
Die Nacht sinkt früh; Herbst ist es wieder;
Beruhungen des Sommers schäumende Pieder.
Doch glaube: der Herbst ist niemals ein Sterben.
Ein Abschied für immer, ein ewig Verderben!
Nach strohendem Werden und Reisen ist's nun
Ein seliges Rasten, ein glückliches Ruh'n!
Und deut auch die Erde auch Schnee und Eis,
Erstarrt auch alles in schimmerndem Weiß:
Ein Schummer ist's nur, ein seliges Träumen,
Von Frühlingsszauber und blühenden Bäumen!
Denn laßt es herbsten; ein Trost und Hoffen:
Nur so steht im Frühling der Himmel offen.
Ludwig Waldau.

ständig in die schamloseste Verletzung ihrer Frauenwürde umschlagen mußte. „Mit entsprechendem Profit wird das Kapital für 10 Prozent sicher; und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 30 Prozent, es wird positiv waghalsig; für 100 Prozent stampfte es alle menschlichen Gehege unter seinen Fuß; 300 Prozent, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ Und zwischen 100 und 300 Prozent muß es sich schon nach diesen aus dem „Kapital“ von Karl Marx zitierten Sätzen vermehren haben, wenn man die Vermehrung betrachtet, die die kapitalistische Sklavenarbeit namentlich bei den Frauen und Kindern in den ersten Jahrzehnten des Kapitalismus angerichtet hat. In dem Augenblicke, wo die sich rasch entwickelnde Industrie den starken Arm des Mannes entbehren konnte — was recht bald der Fall war — wurden Frau und Kind mit in den Arbeitsprozeß einbezogen. Das vermehrte nicht nur die in dieser Wirtschaft nun einmal notwendige Reservearmee, sondern schuf auch billigere Arbeitskräfte und somit einen weiteren Druck auf den Arbeitsmarkt.

Keine Maschine ist besser für Frauenarbeit geeignet als der mechanische Webstuhl. Hier konnte recht bald nach den ersten Verbesserungen die Arbeit von Frauen und Kindern verrichtet werden. Deshalb ist es keine Seltenheit, in dieser Industrie oft bis zu 70 Prozent Frauen an den Maschinen zu finden. Eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden war in dieser, noch durch keine Gehege eingeschränkten frühkapitalistischen Epoche die Regel. Unterchiedslos unterwarf dieses System Mann, Frau und Kind der gleichen Herrschaft. Es wurden Frauen sogar zur Arbeit unter Tage herangezogen. — Es gab Bergwerke, wie z. B. den Bergbau von Cornwall, wo fast bis zu 50 Prozent Frauen bei einer ebenfalls recht ausgedehnten Arbeitszeit beschäftigt wurden. Selbstverständlich mußte von ihnen hier unterschiedslos die schwere Arbeit des Mannes verrichtet werden: Rosharen von Gestein wie auch das nicht minder schwere Transportieren des Materials.

Wenn solche Zustände schon in der doch immerhin öffentlich zu kontrollierenden Arbeitsstätte möglich waren, um wieviel schlimmer mußte es dann mit jener Arbeit sein, die verborgen, hinter verschlossenen Türen geleistet wurde: mit jener Heimarbeit, die bereits damals als die schlimmste Empörung des Menschen ins Arbeitsjoch galt! Hier ist die Arbeitszeit überhaupt ohne jede Grenze und Ziel. Solange die physischen Kräfte ausreichen, die ständig im müden Körper wachzuhalten sind, wird gearbeitet. Aber selbst in den Fuhmagerläden von London, die insgesamt gegen 15 000 Frauen damals beschäftigten, wurden geradezu Arbeitsorgien geleistet. Hier, wo der Bus für die von dieser maßlosen Ausbeutung lebende Bourgeoisie hergeleitet wurde, erlebte man das allertraurigste Arbeitselend. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend wurde für den allerbescheidensten Lohn geküffelt Engels schildert in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ — jenem Wendepunkt, das jeder arbeitende Mensch lesen sollte — eine Reihe von Fällen, wo diese armen Geschöpfe oft neun Tage hintereinander nicht aus den Kleidern kamen.

Diese Frauenarbeit ist in damaliger Zeit überall zu finden, ganz gleich, ob es in der Textilindustrie, im Bergbau, in der Holz- oder Bekleidungsindustrie oder etwa in der Papierbranche, der Töpferei usw. ist. Überall die gleiche Ausbeutung, die gleiche maßlose ausgedehnte Arbeitszeit, der gleiche geringe Lohn. Wie es dabei um das von religiösen Aposteln so gepriesene Familienleben ausah, kann man sich leicht vorstellen. Nur der Schlaf vereinigte die Familie, ja, oft noch nicht einmal dieser. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen der Fabrikal gleichzeitig als Schlafsaal benutzt wurde, weil die Kräfte nicht ausreichten, um noch den oft weiten Heimweg zurückzulegen. Natürlich wurde auch das fittliche Leben allgemein unter solchen Umständen arg in Mitleidenschaft gezogen, zumal da gelegentlich sogar der an die Stelle des Gutsheerra getretene Fabrikant sich die „Leibensgeschichte“ über junge Fabrikmädchen liest.

Am traurigsten gehalten hat das das der Frau als Mutter. Bei Strafe der Entlassung mußte die Schwangere Frau fast bis zur Stunde der Entbindung an der Maschine stehen, so es in vorgekommener, daß eine Frau zwischen den laufenden Maschinen niederfiel. Nach wenigen Tagen stand dann die Wöchnerin wieder wie sonst an der Arbeit. Und am lieb auszumalen, wie dann der weitere Lebenslauf eines unter solchen Umständen geborenen Kindes ausah, dazu bedarf es keiner allzu großen Phantasie.

Früher hatte der Sklavenhalter zumindest so viel Interesse an seinen Sklaven, daß er sie nur bis zu einem gewissen Grade in Anspruch nahm, da er sonst den Verlust dieser gekauften Arbeitskräfte beklagen mußte. Für den jungen Kapitalismus aber galt das Menschenleben nichts; der Arbeiter war ja jederzeit zu ersetzen. Keine Wirtschaftsepoche hat darum eine solche Drangsalierung der Frau gekannt wie diese. Erst das erwachende Klassenbewußtsein und der daraus resultierende Zusammenschluß der Arbeiterklasse haben auch für die Frau die unwürdigen Arbeitsverhältnisse, wie sie heute nur in asiatischen frühkapitalistischen Ländern noch anzutreffen sind, für Europa beseitigt. Walter Ludwig.

An der Mühle

Stizze aus dem Alltag von Anna Jussen

Die Mühle ist alt und grau und liegt hoch über dem Dorf. Höher als sie ist nur der Barockturm der Kirche, der auch älter ist. Wenn die Bauern sagen: „An der Mühle“, so meinen sie nicht, daß der Blick von dort über das weite, weite Land schöner ist. Sie denken auch nicht an die große, breite Landstraße, die der große Napoleon bauen ließ und die sich nicht weit von der Mühle entfernt durch das Land zieht. Wenn die Bauern sagen: „An der Mühle“, so sagen sie es schwer und ernst, denn sie meinen den großen Totengarten, der dicht an der Mühle liegt.

Der Friedhof ist still und selten schön. Alte Lebensbäume säumen schweigend und düster die Felder mit den grünen Hügel, unter deren buntem Blumenflor die Toten schlafen. In des Friedhofs verstaubter Ecke ist ein schmuck- und namenloses Grab. Aber immer sitzt eine alte Frau an diesem Grab und starrt darauf mit einem eigenen, furchtbaren Blick, dem Blick der Menschen, die nicht mehr wissen, was ihr, deren Geist getrübt. Das ist „die tolle Anna“, wie die Dörfler sagen. „Sie hat den Verstand verloren, die Nerven.“ Sie geben ihr Brot und ihre alten Kleider und kümmern sich im übrigen nicht um das Weiblein, das so alt scheint, so alt.

Die Falken in diesem Antlitz sind wie ein feines Netz mit zahllosen Maschen. Die Nase ist merkwürdig schön geschnitten, und wenn sie die gebeugte Gestalt hebt, denkt man: „Einst war sie hübsch, als sie jung war.“ Ihre Augen: Wie schön müssen diese nun in breiten, schwarzen, eingeklinkenen Schattungen liegenden Augen gewesen sein, die nun erloschen sind und von einem toten Baum!

Die „tolle Anna“ war des Müllers Tochter, und sie war sehr unvorher, da sie jünger war. Ihre Liebe galt einem ganz armen, jungen, doch feinen Manne, der kümmerlich lebte, als Schreiber in der nahen Stadt. Es war eine große Tragödie um Anna, eine alte, ewig neue Tragödie, die Tragödie von Liebe und Leid, von Machtwillen einer despottischen Familie, die die einzige Tochter, die einzige, schöne und in „feiner Pension“ ausgebildete Tochter nicht dem armen Schreiber geben wollten. Sie sollte den Gutsherrn heiraten, der immer im eleganten Jagdwagen vorbeifuhr, der, seit Anna zurück war, gern an der Mühle hielt. Anna kämpfte um ihre Liebe zwei Jahre lang, dann gab sie nach. In einer sonderbaren, rätselhaften Stimmung, als das letzte Sonnenbild durch die ersten Lebensbäume des nahen Friedhofs fiel und ihre Seele ganz voll war von dem Anderen, von dem armen, feinen Schreiber in der Stadt. Sie hatte ihn nie vergessen, aber die Frauenseele ist dem Selbstmitleid, Kältehaftigkeit unterworfen, mehr als die des Mannes. Wer weiß, was dieses junge, schöne und gesunde Mädchen trieb? Hätte doch ernstlich niemand ihren Willen brechen können. Sie blieb in einem wie träumenden Zustande, bis eines Morgens der junge Schreiber in dem alten Stübchen vor der Mühle hing, glücklich anzuschauen, im furchtbaren Zustand des Erhängten. Da war es, als erwache Anna aus bösem Traume. Ihr Schreien klingt noch heute in den Ohren der Zeugen dieses Geschehens. Dann war ewige Nacht um ihren Geist. Erbarmungslos hatte ein gültiges Gesicht ihre Gedanken vernichtet.

Die Mühle ward verkauft, als Annas Eltern gestorben waren. Sie selber ward zu dem armen, alten, einsamen Weiblein, zum Kinderfurcher und Burschengespött. Nur ganz alte Leute wissen noch, daß sie einst jung war, ihr Haar goldenbraun und ihre Augen zwei strahlende Sonnen, eine lachende Freude für schönheitsjüngende Menschen. Nur ganz alte Leute wissen es, und doch ist Anna noch keine 50 Jahre alt. So schnell ward sie alt.

Doch immer treibt es sie an die Mühle. Den alten Stübchen hat der neue Besitzer längst abgehauen, weil der Fluch in an dem Baum, der einen Selbstmörder trug. Anna aber steht und murmelt verständnisloses Zeug an der verfluchten Stelle. Dann geht sie zum alten, schönen Totengarten und host an der schmuck- und namenlosen Stelle, die den Selbstmörder birgt. Wer weiß die verwirrten Gedanken der alten, glücklosen Frau?

Vielleicht ist noch ein junges, strahlendes Antlitz in ihrer Seele, ein schönes Menschenangeht, das längst in der Erde vermodert ist. Sie trieb ihn in den Tod! Hat sie das? Ewiges Rätsel um die Menschenseele, tiefes, tiefes Geheimnis der Menschenseele, dich hat noch keiner gelöst.

„An der Mühle“ rauschen im sanften Abendwind die Lebensbäume, und die letzten Rosen streuen zarte Blätter wie weiße Flammen über die Gräber. Leuchtendes Gold ist überall, Abendsonnengold. Da fällt ein heller Schein auf die Hände der alten Anna, und sie sind vergoldet von himmlischem Glanz, diese armen, traurigen Hände, die einmal „an der Mühle“ den ewigen Frieden finden werden.

Strafen für „weibliche“ Ehemänner

Wie Pantoffelhendium im Mittelalter bestraft wurde, davon geben die Urteile des Städtens Blankenburg im ehemaligen Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt aus dem 16. Jahrhundert eine Vorstellung. Ein Weib, die ihren Ehemann rauft oder schlägt, soll ... mit Geld oder Gefängnis bestraft werden.“ — Der „weibliche“ Mann aber, der sich eine solche Behandlung gefallen läßt, soll zur Strafe dafür die beiden Ratsmänner mit Wollengewand bekleiden oder, wenn er das nicht kann, mit Gefängnis oder sonstwie bestraft und ihm das Dach von seinem Hause abgehoben werden. — Im Sinne dieser drastischen Verordnungen wurde auch noch bis 1803 im Städtchen Juba verfahren. Das fürstliche Hofmarschallamt mußte nachprüfen, ob gegen Pantoffelhendium zur Exekution geschritten werden mußte. Dann wurde dem Beurteilten von der fürstlichen Dienerschaft das Dach abgehoben, und die Ziegel wurden zerbrochen. Währenddessen mußte der Bestraftete diese Leute noch mit Wein bewirten und konnte höchstens durch besten Menge und Güte ihren beleidigten Männerkol ein wenig bewähren. — Daß wegen Mißhandlung der Frau durch den Mann, und wäre sie auch noch so barbarisch gewesen, jemals ein Stein vom Hause gebrochen worden wäre, ist nicht bekannt.

Die gefasste Komödiantin

Königin Christine von Schweden kam in pompischem Aufzuge nach Jansbrud und sagte dort feierlich der protestantischen Religion ab. Für die ihr Vater Gustav Adolf im dreißigjährigen Kriege sein Leben geweiht hatte. Nach der Zeremonie ihres Uebertritts zur katholischen Kirche wurde sie gebeten, der Aufhebung einer Komödie zu ihrem Ehren beizuwohnen. Christine sog erkrankt die Augenbrauen in die Höhe und fragte: „Wo ist eine Komödie?“

